

(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 17.07 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 58. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates, die heute hier sind.

Wir tagen ja an einem für den Rat ungewöhnlichen Ort in stark verkleinerter Besetzung und auch mit einer gekürzten Tagesordnung. Das tun wir, um auch in dieser außerordentlichen Situation sicherzustellen, dass hier in Köln die notwendigen Entscheidungen in rechtssicherer Form getroffen werden können.

(Beifall)

Bei der Mannschaft des Gürzenichs bedanke ich mich dafür, dass das hier so kurzfristig möglich war. Das ist ja auch keine Selbstverständlichkeit.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt diejenigen von Ihnen, die Erkältungssymptome haben, vielleicht auch aufgrund von Heuschnupfen, gebeten werden, die von den Bühnen zur Verfügung gestellten und vor der Tür erhältlichen Stoffmasken zu tragen - auch, damit Sie die anderen bei Niesanfällen nicht verunsichern. Diese Masken sind waschbar und wiederverwendbar. Sie sind sozusagen ein Give-away, das Sie dann als Erinnerung an den heutigen Sitzungsnachmittag mitnehmen können.

Auch wenn Peter Kron heute nicht anwesend ist, möchte ich ihm aus der Ferne ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren. Lieber Peter, herzlichen Glückwunsch von uns allen!

(Beifall)

Damit wir hier so tagen können, dass die Mindestabstände eingehalten werden, verzichten wir heute schweren Herzens auf folgende Ratsmitglieder, die nicht im Sitzungssaal anwesend sein können: Frau Akbayir, Herrn Brust, Herrn Detjen, Herrn Dr. Elster, Frau Frebel, Frau Gärtner, Herrn Geraedts, Herrn Görzel, Herrn Dr. Gutzeit, Frau Halberstadt-Kausch, Herrn Hauser, Herrn Dr. Heinen, Frau Heithorst, Frau Henk-Hollstein, Frau Heuser, Herrn Karaman, Frau Kessing, Herrn Klein, Herrn Kron, Frau Laufenberg, Frau Möller, Herrn Noack, Frau Oedingen, Herrn Richter, Herrn Professor Schäfer, Herrn Dr. Schlie-

ben, Frau Schmerbach, Herrn Schneider, Herrn Scholz, Frau Schultes, Frau Schwab, Frau Stahlhofen, Herrn Dr. Strahl, Frau Thelen, Herrn Thelen, Herrn Tritschler, Herrn van Benthem, Herrn Walter, Frau Welcker, Herrn Welter, Frau von Wengersky, Frau Wolter, Herrn Wortmann und Herrn Yurtsever.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Götz, Frau Professor Dr. Killersreiter und Herrn Ciesla-Baier.

Wir müssen wie immer, bevor wir mit den Beratungen beginnen, die heutige Tagesordnung festlegen. Im Entwurf sind die nachträglichen Zu- und Absetzungen gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, LINKE und FDP, die Ratsgruppe GUT, Frau Gerlach und Herr Wortmann haben gestern fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Kölner Situation der Übertragung von SARS-CoV-2“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil TOP 2.1 - eine Schenkung -, TOP 7.1.1, TOP 7.1.2, TOP 10.30, TOP 18.2 und TOP 19.1 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.6, TOP 24.7, TOP 27.1, TOP 27.2, TOP 27.3 und TOP 27.4.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: TOP 6.4.4, TOP 10.3, TOP 10.17, TOP 10.18, TOP 10.20, TOP 10.25, TOP 10.27, TOP 12.2, TOP 23.4, TOP 23.6, TOP 24.5 und TOP 25.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich schlage außerdem vor, dass wir die zu dieser Sitzung gestellten Anträge unter TOP 3.1.1 bis TOP 3.1.5 zur Behandlung und Entscheidung in den Hauptausschuss verweisen.

Dringlichkeitsanträge liegen heute nicht vor, meine Damen und Herren.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. - Herr Hammer.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wie wir gerade schon in der Geschäftsführungsrunde gesagt hatten, haben wir bei TOP 23.2 noch Beratungsbedarf. Ich hatte das auch noch

gemeldet. Wir würden das gerne im Zweifel mit einer Dringlichkeitsentscheidung machen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gut. Dann wird TOP 23.2 noch abgesetzt.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kienitz.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich melde für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf bei den Tagesordnungspunkten 10.2 und 10.5 an, biete aber an, diese Entscheidungen im Wege von Dringlichkeitsentscheidungen herbeizuführen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay. Das ist aufgenommen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist, soweit ich jetzt bis da hinten sehen kann, nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, bei dieser besonderen Sitzung ist heute von uns allen auch besondere Disziplin gefragt, damit wir die Punkte zügig behandeln können. Ich schlage daher vor, die Redezeiten für die aktuelle Stunde abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen.

Außerdem ist mir mitgeteilt worden, dass Sie auf Redebeiträge zu den Vorlagen heute verzichten werden und diese stattdessen zu Protokoll geben. Ich möchte mich dafür ganz ausdrücklich bedanken, weil uns auch diese Disziplin heute ermöglicht, die Sitzung durchzuführen.

Ich frage abschließend noch einmal, ob es Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich beginne mit der aktuellen Stunde:

## **1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT und von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betref-**

### **fend „Aktuelle Stunde zur Kölner Situation der Übertragung von SARS-CoV-2“ AN/0437/2020**

Lassen Sie mich zuvor einige Sätze zu der Situation sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Tagen bestimmen Zahlen unser Leben: Wie viele Infizierte gibt es? Es geht um positiv Getestete, Menschen in häuslicher Quarantäne, Menschen in stationärer Quarantäne, Menschen auf Intensivstationen. Leider gehören auch Sterbefälle dazu. Letztere machen mich - wahrscheinlich uns alle - besonders betroffen, und zwar jeder einzelne von ihnen.

Wir alle durchleben eine Zeit, die wir uns vor wenigen Wochen, vielleicht sogar vor wenigen Tagen so noch nicht hätten vorstellen können. Das muntere Treiben, das Leben, das sonst gerade unsere Stadt so erfüllt und für das wir weltweit bekannt sind, ist leeren Straßen, geschlossenen Restaurants und nicht geöffneten Geschäften gewichen. Wo früher Leben war, herrscht heute Kontaktsperre.

Die Kölner, die sich sonst durch eine - ich sage das immer mit einem gewissen Augenzwinkern - positive Distanzlosigkeit auszeichnen, müssen etwas lernen, was sich für sie ganz fremd anfühlt. Es ist eine besondere Form der Distanz. Es ist Verzicht, um zu helfen und Leben zu retten. Wir müssen einander aus Liebe und Mitmenschlichkeit aus dem Weg gehen.

Diese Situation verlangt uns allen viel ab - unserer Kulturszene, den Unternehmen, den Hotels, den Restaurants und Gastronomiebetrieben, den zahlreichen Institutionen und Vereinen; ich kann sie gar nicht alle aufzählen. Sie werden teilweise mit einer existenziellen Herausforderung konfrontiert. Wir alle müssen gemeinsam aufpassen, dass aus der Herausforderung keine Überforderung wird.

Wir steuern als Stadt Köln dagegen und unterstützen in allen Bereichen. Wir senden ein Signal der Unterstützung und Verlässlichkeit aus. Auch hier kann ich nur einige Beispiele nennen.

Projekte, die bereits bewilligt wurden, werden wie geplant ausgezahlt.

Wir ziehen die Auszahlung von institutionellen Fördergeldern vor, egal ob es sich um Förderungen für den sozialen, den Jugend-, den Kultur- oder den Sportbereich handelt.

Für die freie Kultur richten wir als städtisches Soforthilfeprogramm einen Notfallfonds in Höhe von 3 Millionen Euro ein.

Zusätzlich entwickelt die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH aktuell eine Nothilfe für die ebenfalls existenziell betroffene Klubkultur in unserer Stadt. Diese ist ein wichtiger Standortfaktor und muss erhalten bleiben.

Mir ist Folgendes wichtig, meine Damen und Herren: Hinter allen diesen Einrichtungen stecken ja Einzelschicksale - Existenzen, die mehr sind als Zahlen. Es betrifft Familien und alleinlebende Menschen - sei es eine Hochzeit, die geplant ist und an der außer den Brautleuten nur die Trauzeugen teilnehmen können, seien es Beerdigungen im engsten Familienkreis. Vieles, was das Leben unserer Mitmenschen strukturiert, kann nicht stattfinden. Das gilt für uns genauso.

Die Kölnerinnen und Kölner sind dadurch, dass sie in Quarantäne sind, in ihrer Freiheit eingeschränkt. Ich möchte mich bei allen denjenigen bedanken, die das akzeptieren und verantwortungsvoll handeln. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der weiteren Ausbreitung des Virus.

Mein besonders herzlicher Dank gilt aber genauso wie mein Respekt allen denjenigen, die seit Wochen Tag und Nacht arbeiten, um diese Pandemie in den Griff zu bekommen. Im Namen der Stadt Köln danke ich den zahlreichen Pflegerinnen und Pflegern, den Ärztinnen und Ärzten, den Kliniken der Stadt Köln, der Uniklinik, allen Krankenhäusern in unserer Stadt, allen Pflegeeinrichtungen, den Laboren, die die Tests abarbeiten, aber auch den Menschen im Supermarkt, die im wahrsten Sinne des Wortes dafür sorgen, dass wir überleben, indem wir Lebensmittel haben, und allen anderen, die unseren eingeschränkten Alltag aufrechterhalten und uns damit überhaupt noch einen Rest von Normalität ermöglichen.

(Beifall)

Ein besonders herzlicher Dank geht auch an alle unsere Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen, die besonders gefordert sind. Ich hebe jetzt einfach beispielhaft das Gesundheitsamt heraus, das mittlerweile mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rund um die Uhr im Einsatz ist, um Köln durch diese schwere Krise zu führen. Es gibt ganz viele Stellen, an denen aktuell großartige Arbeit geleistet wird. Auch ein solches Programm, wie wir es hier entwickelt haben, kann man nicht zwischen Suppe und Salat auf-

stellen; dazu gehören profunde Kenntnis und Einsatzbereitschaft.

Ich muss einfach nur sagen: Ich bin unglaublich stolz auf die Stadt und auf unsere Verwaltung. Wenn man feststellt, dass in einer solchen Situation alle an einem Strang ziehen und für Köln da sind, ist das auch ein unglaublich gutes Gefühl. Solche Kolleginnen und Kollegen zu haben, macht mich stolz. Mir wird richtig warm dabei, wenn ich das mitbekomme, was da geschieht.

Ich danke natürlich auch dem Krisenstab unter der Leitung unseres Stadtdirektors. - Herr Dr. Keller, wenn Sie uns noch kurz über die aktuelle Lage informieren würden, wäre ich Ihnen dankbar.

(Beifall)

**Stadtdirektor Dr. Stephan Keller:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ja auch im Vorfeld gebeten worden, einen kurzen Überblick über die Arbeit des Krisenstabes in den letzten Wochen zu geben, verknüpft mit einem aktuellen Lagebild.

Es fällt natürlich ein bisschen schwer, die Arbeit des Krisenstabes kurz zusammenfassen, weil es wirklich eine sehr breit angelegte Arbeit ist mit einer Fülle von Maßnahmen, die wir in den letzten zwei bis drei Wochen getroffen haben.

Wir haben insgesamt - nur damit Sie diese Zahl einmal gehört haben - 60 Arbeitsaufträge mit zum Teil mehreren Unteraufträgen und Unterpunkten formuliert und abgearbeitet.

Das ist eine sehr intensive Arbeit, an der neben den Mitgliedern des Stabes eine Vielzahl von Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern und auch Menschen außerhalb der Stadtverwaltung mitgewirkt haben. Und bis jetzt kann man, glaube ich, ein durchaus positives Fazit dieser Arbeit ziehen.

Die aktuelle Lage in Köln stellt sich wie folgt dar: Wir haben - Stand heute - 1 068 infizierte, positiv getestete Personen. Davon befinden sich derzeit 43 in stationärer Behandlung und 14 davon auf der Intensivstation. Wir haben von diesen 1 068 allerdings auch schon 284 sogenannte Indexpatienten, also positiv getestete Personen, aus der Quarantäne wieder entlassen können. Auch konnten zehn Patienten bereits wieder aus der stationären Behandlung entlassen werden. Wir haben - Stand gestern Abend - fünf Todesfälle,

die auf Corona zurückzuführen sind, im Stadtgebiet zu verzeichnen.

Wenn ich Ihnen die Arbeit des Krisenstabes etwas näher bringen darf, dann tue ich das am besten entlang der Tagesordnung, die wir tatsächlich auch in jeder Sitzung abhandeln. Wir beschäftigen uns immer mit dem aktuellen Lagebild. Wir beschäftigen uns mit der Situation der kritischen Infrastruktur und der kommunalen Daseinsvorsorge in der aktuellen Lage. Wir beschäftigen uns mit den Vorgaben von Bund und Land und deren Umsetzung hier für Köln. Wir beschäftigen uns mit dem Themenkomplex Sicherheit und Ordnung in dieser Zeit. Wir befassen uns mit Bevölkerungs- und Anwohnerbetreuung. Wir regeln die Informations- und Kommunikationsarbeit an Öffentlichkeit und Medien. Und wir befassen uns - auch das ist, gerade in der ersten Zeit, ein Schwerpunkt gewesen - mit dem Funktionieren der Stadtverwaltung bzw. mit der Arbeitgeberin Stadt Köln in dieser Situation.

Wir haben den Krisenstab am 4. März 2020 erstmals aktiviert. Er tagt als Entscheidungsgremium. Nach den zugrunde liegenden Rechtsvorschriften - das ist insbesondere das Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz - tritt neben den Krisenstab als zweite Komponente der operativ-taktische Stab. Dabei handelt es sich um die Einsatzleitung, die durch die Feuerwehr gewährleistet wird. Das ist das eigentliche operative Arbeitsgremium, das neben dem Krisenstab existiert. Der Leiter der Berufsfeuerwehr ist gleichzeitig der Leiter dieses Stabes und in dieser Funktion auch Mitglied des Krisenstabes.

Wir haben im Rahmen dieses operativ-taktischen Stabes insgesamt neun Sachgebiete gebildet. Ich werde sie Ihnen nicht im Einzelnen aufzählen. Es gibt aber zum Beispiel ein Sachgebiet, das den Personaleinsatz steuert. Es gibt die Einsatzführung, in der wir die Kernfunktionen auch in infektiologischer Hinsicht steuern. Es gibt ein Sachgebiet Logistik. Und es gibt das Sachgebiet Koordination, Amtshilfe und Steuerung Externer. Das ist beispielsweise der Ort, an dem wir die medizinische Versorgung außerhalb der stadteigenen Strukturen und etwa die Pflegeheime und Altenheime entsprechend steuern.

Wir haben im Krisenstab zwei Unterarbeitsgruppen gebildet, zum einen die Unterarbeitsgruppe Medizinische Versorgung und zum anderen die Unterarbeitsgruppe Vulnerable Gruppen.

Die Arbeitsgruppe Medizinische Versorgung hat den Auftrag, die medizinische Versorgung in der

Stadt sicherzustellen. Dazu gehören sowohl die stationäre als auch die ambulante und die rettungsdienstliche Versorgung.

Bezüglich der stationären Versorgung steht diese Gruppe in einem engen Kontakt mit allen Kölner Krankenhäusern und stimmt sich hinsichtlich der Aufstockung der Beatmungskapazitäten und der dazu notwendigen Zusammenarbeit eng ab.

Bezüglich der ambulanten Versorgung besteht ein enger Kontakt zur Kassenärztlichen Vereinigung. Hier wurden bereits zahlreiche Kooperationsvereinbarungen getroffen; auf die eine oder andere werde ich gleich noch kurz eingehen.

Zur rettungsdienstlichen Versorgung gehören wir selbst als Trägerin des Rettungsdienstes. Hier werden Einsatzzahlen sowie auftretende Material- und Personalengpässe beobachtet, und es wird entsprechend unterstützt.

In der Arbeitsgruppe Vulnerable Gruppen, die jetzt in dieser Zeit auch immer wichtiger wird, wird insbesondere das Geschehen in den Heimen gemonitort, die durch das Coronavirus besonders gefährdet sind. Wir haben hier in den letzten Tagen eine Taskforce eingerichtet, die Heime, in denen Fälle neu auftreten, aufsuchen kann und vor Ort unterstützen kann. Ziel ist es, die Ausbreitung des Virus gerade in den Heimen, in denen nun einmal vulnerable Gruppen leben, möglichst zu verhindern bzw. im Ernstfall dann die notwendigen Gegenmaßnahmen zu treffen.

Wir stehen in beständigem Austausch mit der Bezirksregierung, den Landesministerien und auch der Bundesebene. Wir pflegen einen engen interkommunalen Austausch auf der Städtetageebene, aber auch in direktem Kontakt zu verschiedenen Städten in Nordrhein-Westfalen, um uns hier immer wieder abzustimmen.

Wir haben auch in der Selbstorganisation des Stabes kontaktreduzierende Maßnahmen umgesetzt, weil wir natürlich der Auffassung sind, dass dieser Stab leistungsfähig bleiben muss. So haben wir beispielsweise die Zahl der Mitglieder des Stabes deutlich reduziert. Außerdem haben wir einen Sitzungsmodus gefunden, in dessen Rahmen immer ungefähr die Hälfte des Stabes nur per Telefon- oder Videokonferenz an den Sitzungen des Stabes teilnimmt, sodass die Präsenzmitglieder in der Lage sind, den ausreichenden Abstand zu wahren.

Lassen Sie mich jetzt kurz auf die Themen kritische Infrastruktur und kommunale Daseinsvorsorge eingehen. Hier steht zuvorderst die Ver-

stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Dahinter verbirgt sich, um es kurz zu machen, die Erhaltung und Stärkung der Handlungsfähigkeit unseres Gesundheitsamtes.

Die Oberbürgermeisterin hat das Gesundheitsamt soeben völlig zu Recht besonders hervorgehoben. Was dort gerade geleistet wird, ist herausragend. Das betrifft wirklich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Amtes, die sich mit einem unglaublichen Engagement in die Bewältigung dieser Krise stürzen und, wie gesagt, herausragende Arbeit leisten.

(Beifall)

Wir haben als eine der ersten Kommunen schon am 2. März ein Infektionsschutzzentrum in Betrieb genommen. Am 19. März haben wir ein zweites Infektionsschutzzentrum im Rechtsrheinischen errichtet. Gestern haben wir ein drittes Infektionsschutzzentrum in der Nähe des Gesundheitsamtes am Neumarkt in Betrieb genommen. In dem dritten Infektionsschutzzentrum werden ausschließlich Angehörige kritischer Infrastrukturen getestet werden, damit wir hier zügig auf die Bedarfe in den kritischen Infrastrukturen reagieren können.

Wir haben zusätzliche Arbeitsplätze eingerichtet und Personal akquiriert, beispielsweise unter den Medizinstudentinnen und Medizinstudenten - alles in enger Abstimmung mit dem Personalamt und in kürzester Zeit. Auch das ist eine wichtige Maßnahme.

Wir haben das sogenannte Kontaktpersonenmanagement - dabei handelt es sich um die Betreuung und das Management derjenigen, die Kontakt zu Indexpatienten gehabt haben - digitalisiert. Nachdem wir hier bei dieser neuen Aufgabe mit einer Zettelwirtschaft gestartet sind, haben wir das in den letzten Tagen komplett digitalisiert, was uns auf der personellen Ebene erheblich entlastet und die Strukturen zuverlässiger macht.

Wir haben am Flughafen ein Screening-Verfahren für ankommende Passagiere aus Risikogebieten etabliert, um diese zügig in die häusliche Quarantäne überweisen zu können.

Wir haben in der Arbeitsgruppe Medizinische Versorgung die Sicherstellung der stationären medizinischen Versorgung besonders im Blick. Hier haben wir ein Tool entwickelt, das eine Fallzahlenprognose auf der Basis der vorhandenen Zahlen, Fakten und Einflussfaktoren sicherstellt. So können wir die Entwicklung vorausschauend

planen und denkbare Szenarien entwerfen, um hier auf verschiedene Konstellationen vorbereitet zu sein.

Wir machen eine kontinuierliche Bestandsabfrage der Kapazitäten, insbesondere der Beatmungskapazitäten, aber auch des Vorhandenseins von Schutzausrüstung etc. Daraus resultierend planen wir die Beschaffung von Material und die Erweiterung der Ressourcen.

Das gilt insbesondere für die sukzessive Schaffung von weiteren Beatmungsplätzen. Zurzeit verfügen wir über mehr als 350 Beatmungsplätze. Die Aufstockung läuft permanent weiter. Das Ziel ist eine Verdopplung der Zahl dieser Plätze.

Hierzu sind wir in enger, kontinuierlicher Abstimmung mit den Krankenhäusern, die einen weitestgehenden Verzicht auf elektive Eingriffe praktizieren, um hier Kapazität für Beatmung zu schaffen.

Wir kümmern uns auch um die Ausbildung von zusätzlichem Personal; denn das Personal wird letzten Endes die entscheidende Engstelle bei der Schaffung weiterer Kapazitäten im Beatmungsbereich sein.

Außerdem suchen wir intensiv nach weiteren Bezugsquellen für die Beschaffung und Produktion von persönlicher Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln.

Wir haben mit der KV, der Kassenärztlichen Vereinigung, verschiedene Vereinbarungen zum ambulanten Bereich getroffen. Das haben wir Anfang der Woche bekannt gegeben.

Beispielsweise haben wir zwei Fahrzeuge für eine mobile Testung in Betrieb genommen, so dass wir Personen, die aufgrund ihres Alters oder ihrer Vorerkrankung nicht mehr ein Infektionsschutzzentrum aufsuchen können, bei Verdachtsfällen vor Ort in ihrer eigenen häuslichen Umgebung testen können.

Außerdem haben wir zwei Fahrzeuge in Betrieb genommen, mit denen wir eine ambulante Versorgung von Patienten sicherstellen können, die besser zu Hause versorgt werden können als in einer Arztpraxis oder im Krankenhaus.

Darüber hinaus haben wir verabredet, dass jedem Pflegeheim, jedem Altenheim ein fester Heimarzt zugewiesen ist, damit wir hier nicht mit wechselnden Kontakten arbeiten müssen, sondern jedes Heim einen festen Ansprechpartner im ärztlichen Bereich hat, soweit das nicht ohnehin schon der Fall gewesen ist.

Des Weiteren sind wir dabei, Arztpraxen zu gewinnen, die speziell COVID-19-Patienten versorgen sollen.

Im Rettungsdienst haben wir uns auch entsprechend vorbereitet. Wir haben die Mitarbeiter geschult, Vorgaben zur Desinfektion und zur Schutzausrüstung gemacht und an der Stelle auch ein weiteres Fahrzeug in Betrieb genommen.

In der Arbeitsgruppe Vulnerable Gruppen kümmern wir uns insbesondere um Material- und Personalengpässe in den Heimen. Dies wird täglich überwacht und unterstützt, soweit wir das können.

Wir haben ein Betretungsverbot für alle ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ausgesprochen. Es gilt für alle Personen, die nicht aus Betriebsgründen die Heime betreten müssen.

Anfang der Woche haben wir eine Taskforce eingerichtet, die in der Lage ist, kurzfristig die Heime aufzusuchen, wenn Probleme auftreten, um dann entsprechende Maßnahmen zu koordinieren und abzustimmen. Das ist gestern bereits zwölf Mal in Anspruch genommen worden. Wir werden es kurzfristig personell so aufstocken, dass wir nicht nur reaktiv handeln können - das heißt: auf Anforderung in die Heime kommen -, sondern die Heime auch proaktiv zur Beratung und zur Prävention aufsuchen können.

Es gibt verbindliche Schutzregelungen für die Mitarbeitenden in den Heimen, für Personal und für Lieferanten.

Was den Bereich der kritischen Infrastrukturen angeht, sind wir auch mit den Verantwortlichen des Stadtwerke-Konzerns in ständigem Austausch. Die SWK entsendet immer ein Mitglied der Vorstandsebene in den Krisenstab, sodass wir hier eng abgestimmt sind.

Bei den Schulen und Kitas haben wir zu Beginn der Krise einen geordneten Prozess organisiert, um Schulschließungen durchführen zu können, wenn es Erkrankungen bzw. positiv getestete Fälle in der Schulgemeinschaft gegeben hat. Mittlerweile sind wir durch die generell verfügbaren Schul- und Kita-Schließungen ja weiter.

Wir haben vom ersten Tag an die Notbetreuung derjenigen Kinder gewährleistet, die Eltern haben, die in Schlüsselpositionen arbeiten. Das hat wunderbar geklappt und läuft auch über das Wochenende und in den Osterferien weiter.

Wir werden auch einen Weg finden - dazu hat die Verwaltung für die heutige Sitzung auch eine Entscheidungsvorlage vorbereitet -, um die Erstattung der Beiträge an diejenigen vornehmen zu können, die die Betreuung gar nicht in Anspruch nehmen können.

Wir haben uns in den ersten Wochen der Krise sehr intensiv mit den Vorgaben insbesondere des Landes und auch des Bundes auseinandersetzen müssen. Von dort sind ja immer wieder neue Erlasse gekommen, was die kontaktreduzierenden Maßnahmen angeht.

Wir waren hier insgesamt, glaube ich, sehr zeitnah in der Umsetzung, teilweise auch einen Schritt voraus, und haben das so klar und deutlich verfügt und umgesetzt, wie die Situation es entsprechend erfordert hat.

Diese Regelungen werden mittlerweile auch umgesetzt und kontrolliert. Unser Ordnungsamt ist in der Stadt unterwegs und verhängt durchaus auch Bußgelder, spricht also auch Sanktionen aus.

Aber insgesamt muss man feststellen, dass die Compliance der Kölnerinnen und Kölner mit diesen Regelungen sehr gut ist. Die ganz, ganz überwiegende Mehrheit in Köln hält sich an das, was verfügt worden ist.

Damit haben wir hier eigentlich eine ganz gute Ausgangsbasis, um die Ziele zu erreichen, die mit diesen Maßnahmen verbunden sind, nämlich die Ausbreitung des Virus entsprechend zu verhindern.

Wir kümmern uns ferner um Bevölkerungs- und Anwohnerbetreuung. Das betrifft - im Moment zumindest noch - ausgewählte Gruppen. Wir haben beispielsweise 44 Wohneinheiten geschaffen bzw. zur Verfügung gestellt, um Personen unterzubringen, die in Quarantäne oder in Schutzisolation müssen und sich nicht selbst versorgen können. Davon haben wir noch nicht Gebrauch machen müssen. Aber sie stehen zur Verfügung.

Es gibt eine Fülle von ehrenamtlichen Angeboten und Personen, die bereit sind, in der Krise zu helfen. Auch dafür haben wir eine Struktur geschaffen, um diese Angebote zu kanalisieren, zu bündeln und möglichst zielgenau dahin zu bringen, wo wir sie auch tatsächlich brauchen können.

Wir haben - dazu ist gestern noch eine Pressemitteilung veröffentlicht worden - auch wohnungslose und drogenabhängige Menschen im

Blick. Diese beiden Gruppen sind jetzt auf ganz besondere Weise von der Reduzierung des öffentlichen Lebens betroffen. Ziel ist es, alle Einrichtungen, die hier Hilfsangebote machen, weiterhin in Betrieb und geöffnet zu halten.

Das wird - mit wenigen Ausnahmen - auch gelingen. Wir befinden uns zum Beispiel mit Gulliver und LoRe, die derzeit geschlossen haben, in guten Gesprächen, sodass voraussichtlich eine baldige Öffnung für einzelne Angebote möglich sein wird. Gulliver beispielsweise stellt ab morgen Duschen am Breslauer Platz sicher. Der SKM wird einen Duschbus betreiben. So gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen, die wir gerade über unser Sozialamt auf den Weg bringen und koordinieren, mit denen das Angebot für diese besonders betroffenen Gruppen in der derzeitigen Krisensituation auch aufrechterhalten wird.

Ein ganz großer Schwerpunkt der Arbeit ist die Information und Kommunikation an Öffentlichkeit und Medien. Hier haben wir inzwischen eine Vielzahl von Informationskanälen geschaffen, alles unter der Regie unseres städtischen Presseamtes.

Wir haben eine eigene Homepage - corona.koeln - eingerichtet. Wir sind in sozialen Netzwerken und sozialen Medien unterwegs. Wir haben einen Podcast Community Management. Wir haben FAQ-Listen, die zur Verfügung stehen.

Wir machen das tägliche Indexfälle-Update über eine Pressemitteilung oder auch eine Pressekonferenz, wenn die Inhalte der Sitzungen des Krisenstabes das hergeben.

Wir sind an der Stelle mehrsprachig unterwegs, um wirklich möglichst breite Bevölkerungsschichten erreichen zu können, und wiederholen ständig Handlungsempfehlungen und Appelle.

Seit gut einer Woche ist das sogenannte Corona-Informationszentrum am Start, mit dem wir einen einheitlichen Informationsfluss nach außen sicherstellen wollen.

Last, but not least: die Arbeitgeberin Stadt Köln. In der Krise ist es extrem wichtig, dass die Kernfunktionen der Stadtverwaltung auch weiter funktionsfähig bleiben. Dazu haben wir eine Menge Maßnahmen ergriffen, die ich jetzt gar nicht im Einzelnen darstellen möchte.

Beispielsweise befasst sich unser Mitarbeiterunterstützungsteam, das es schon immer gibt, in diesen Tagen ausschließlich mit Sorgen und Nöten der Mitarbeitenden rund um das Thema Corona.

Wir haben natürlich das gemacht, was alle Arbeitgeber machen: weitestgehend auf Telefonkonferenzen und Videokonferenzen umzustellen. Wir haben die Homeoffice-Kapazitäten massiv erweitert. Stand heute Morgen waren über 6 000 Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Homeoffice. Insofern versetzen wir viele, viele Mitarbeiter tatsächlich in die Lage, ihre Arbeit von zu Hause aus zu tun.

Wir haben sämtliche städtischen Aufgaben in drei Kategorien eingeteilt, von denen die erste der kritischen Infrastruktur zugeordnet ist bzw. Kernprozesse betrifft, die unbedingt am Laufen gehalten werden müssen. Darauf aufbauend haben wir eine kaskadierende Einsatzplanung gemacht, sodass wir diese Funktionen auch nachhaltig und tragfähig über einen langen Zeitraum gewährleisten können, auch wenn die Situation, wie wir sie jetzt haben, noch länger andauern sollte.

Dadurch bekommen Sie vielleicht einen Überblick über die Vielzahl der Maßnahmen, die wir getroffen haben. Wie gesagt, steht das Medizinisch-Infektiologische im Vordergrund: die Eindämmung der Ausbreitung des Virus und der Schutz der vulnerablen Gruppen.

Auch die Logistik spielt eine große Rolle. Wir haben in dieser Woche ein Logistikzentrum in Betrieb genommen und haben mittlerweile 20 Mitarbeitende, die sich ausschließlich um die Beschaffung von Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln kümmern, um an zentraler Stelle die Versorgung von ganz Köln mit diesen wichtigen Materialien sicherzustellen.

Es ist auch für uns eine neue Erfahrung, mit Mitarbeitern der städtischen Verwaltung den Weltmarkt zu beobachten. Wir haben aber schon erste Erfolge in Form von konkreten Lieferungen, die entweder bereits da sind oder sich auf dem Weg nach Köln befinden, beispielsweise von Schutzmasken. Insofern lässt sich das ganz gut an. Wir sind zuversichtlich, dass wir hier auch in der derzeitigen Knappheitssituation die Versorgung Kölns aufrechterhalten können.

Vielleicht so viel von meiner Seite. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank für diesen Überblick, Herr Dr. Keller. - Herr Joisten, Sie haben das Wort.

**Christian Joisten** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Stadtdirektor! In der Tat stehen wir hier vor großen Herausforderungen. Es sind wahrscheinlich die größten seit dem Zweiten Weltkrieg - mit existenziellen Folgen für Menschen, Unternehmen und auch Institutionen. Köln ist als Handels-, Kultur- und Eventstadt da in besonderer Weise betroffen.

Dennoch ist es natürlich richtig, alles zu tun, um Leben und Gesundheit der Menschen hier in Köln und im ganzen Land zu schützen. Dafür sind in den vergangenen Tagen und Wochen auf allen Ebenen wichtige, aber zugleich höchst einschneidende Maßnahmen getroffen worden. Wir haben gerade davon gehört.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch im Namen der SPD-Fraktion noch einmal ganz ausdrücklich denjenigen in der Verwaltung und auch im Krisenstab danken, die diese verantwortungsvolle Arbeit in den letzten Tagen und Wochen getan haben. In dieser herausfordernden Situation wurde im höchsten Maße persönlicher und zeitlicher Einsatz zum Schutze der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt geleistet. Dafür sei ihnen ganz, ganz herzlich gedankt.

(Beifall)

Ebenso wichtig ist mir an der Stelle aber auch - Frau Oberbürgermeisterin hat es schon stellvertretend für uns alle getan -, noch einmal zu unterstreichen, dass da draußen auch ganz viele Menschen den Betrieb und Köln am Laufen halten. Das tun sie mit ganz vielen Dienstleistungen und ganz viel Arbeit. Auch diesen Menschen sei noch einmal ganz, ganz herzlich gedankt. Denn ohne sie wären wir heute auch nicht in der Lage, unsere Arbeit hier im Stadtrat zu machen.

Die auf allen Ebenen verabredeten Schutzmaßnahmen unterstützen wir als SPD-Fraktion natürlich ausdrücklich, stellen sie doch derzeit die einzige Möglichkeit dar, diesem Virus Einhalt zu gebieten bzw. seine Ausbreitung zu verlangsamen, um dann auch die Einschränkungen, die wir derzeit hinnehmen müssen, so schnell wie möglich wieder zurückfahren zu können.

Allerdings stehen dabei auch unzählige Menschen, Betriebe und Vereine vor riesigen Herausforderungen und vielfach vor dem Ruin, und dies teilweise bereits in den nächsten Tagen und Wochen. Diesen ganz unmittelbar und existenziell Betroffenen schnell und unbürokratisch zu helfen, ist aus unserer Sicht jetzt die wichtigste Aufgabe von Politik auf allen Ebenen.

Da ist mit Sicherheit nicht nur die Kommune gefordert. Der Bund und das Land haben ja auch schon einen wichtigen Beitrag geleistet. Wir sehen aber auch die Kommunalpolitik gefordert, hier ein klares Signal zu setzen und die Verwaltung in ihrem Bemühen um eine Folgenreduzierung zu unterstützen.

Dazu zählt für uns auch ganz unmittelbar die Bereitstellung von Geld im Rahmen eines kommunalen Hilfsmaßnahmenpakets, mit dem all denen geholfen werden soll, die aktuell nicht von der Hilfe aus Bund und Land erfasst sind.

Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass es uns über alle Fraktionsgrenzen hinweg gelungen ist, diesen Weg gemeinsam zu beschreiten und heute hier ein solches Paket - mit einem Volumen von aus meiner und unserer Sicht zunächst 45 Millionen Euro; in der Resolution steht jetzt etwas anderes; aber wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass das erst einmal ein erster Ansatz ist, weil wir heute noch gar nicht wissen, in welchem Volumen Hilfe erforderlich ist - in dieser Resolution zu beschließen.

Vielen Dank an die demokratischen Fraktionen dieses Hauses, die hier zielorientiert Vorfeldarbeit geleistet haben und diese Ratssitzung sowie die Erstellung der Resolution möglich gemacht haben! Denn Politik - davon sind wir fest überzeugt - muss gerade jetzt Handlungsfähigkeit beweisen.

Da sich die SPD-Fraktion in den vergangenen Tagen sehr intensiv mit den Folgen der Corona-Krise befasst hat und dabei viele Impulse aus den verschiedenen Blickwinkeln zusammengetragen hat, erlaube ich mir, Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, die daraus entwickelten Erwartungen und Forderungen an die Verwaltung im Anschluss an meinen Redebeitrag zu übergeben. Auf diese werden wir dann in den kommenden Wochen immer wieder zurückkommen und natürlich auch nach den entsprechenden Sachständen fragen. Das ist aber alles ausdrücklich als konstruktiver Beitrag gemeint.

Schließen möchte ich mit einem herzlichen Dank an alle, die sich gerade in diesen Tagen für ihre Mitmenschen in ihrem Veedel einsetzen und diesen mit tatkräftiger und teilweise finanzieller Unterstützung helfen, um so auch die individuelle Krise kollektiv zu bewältigen. Denn diese Gemeinschaft vor Ort macht uns hier in Köln stark, auch und gerade angesichts dieser Jahrhundert-Herausforderung. Wir stehen zusammen, auch wenn wir auseinander sind. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, die uns heute im Livestream verfolgen! Heute ist einerseits ein Tag des Dankes an all die medizinischen Kräfte, die helfen, Leben zu retten - Tag für Tag; und das ist etwas, was in den nächsten Tagen weitergehen wird.

Aber es ist auch ein Tag, all den Menschen in der Verwaltung - Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, dem Krisenstab und allen, die in der Verwaltung arbeiten - für die Arbeit zu danken, die geleistet worden ist. Denn die Schutzmaßnahmen waren gute Schutzmaßnahmen. Es sind frühzeitig Maßnahmen getroffen worden. Köln war immer mit an der Spitze der Bewegung. Und wir hoffen alle sehr, dass in den nächsten Tagen die positiven Entwicklungen auch bei dann weiter rückläufigen Zahlen von Neuinfizierten uns helfen werden, die Krise schnell zu beenden.

Neben dem Tag des Dankes ist heute aber auch ein Tag der Solidarität. Wir müssen gemeinsam schauen, dass wir all den Menschen helfen, die nicht nur gesundheitlich betroffen sind, sondern auch in einem hohen Maße wirtschaftlich betroffen sind - angefangen von Unternehmern über Arbeitnehmer bis hin zu vielen Ehrenamtlichen, die über Vereine und andere Institutionen unmittelbar in ihrer Arbeit getroffen und betroffen sind.

Der Bund ist mit einem großen Hilfspaket von 750 Milliarden Euro, wenn man die Garantien einbezieht, vorangegangen. Die kleinen Unternehmen und auch die Großkonzerne werden dadurch entsprechend unterstützt. Das Land hat mit einem Hilfspaket von 25 Milliarden Euro in dieser Woche noch nachgelegt, um eine weitere Lücke zu schließen.

Auch die Stadt Köln - Dank gebührt auch dafür, dass innerhalb so kurzer Zeit entsprechende Programme ausgearbeitet worden sind - hat hier einen ersten Aufschlag gemacht, damit gerade die Kulturschaffenden, die vielfach als Einzelkünstler besonders stark betroffen sind, auch weitere Perspektiven haben.

Mit das wichtigste Signal ist heute, dass Politik als Teil der Gesellschaft zusammensteht. Deshalb geht an dieser Stelle auch ein Dank an alle

anderen Fraktionen. Denn wir sind heute zu einer gemeinsamen Resolution gekommen, in der wir noch einmal zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 45 Millionen Euro anregen. Wir wollen schauen, welche Fälle noch nicht durch das Bundes- und das Landespaket abgedeckt worden sind, und auf kommunaler Ebene auch dafür sorgen, dass die sozialen Strukturen, die wirtschaftlichen Strukturen und die gesamte Infrastruktur, die wir hier in Köln haben, auch nach der Krise weiterhin gut funktionieren, dass wir die Krise gut überstehen.

Dafür danke ich allen Beteiligten noch einmal herzlich. Ich glaube, dass wir, wenn wir alle gemeinsam zusammenstehen und hier die Solidarität nicht vergessen, das schaffen können. Da können wir alle sehr zuversichtlich sein. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

**Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in einer Situation, wie wir sie noch nie erlebt haben, einer Situation, in der Verwaltung und Politik, aber auch ganz Köln vor großen Herausforderungen stehen.

Wir befinden uns aber auch in einer Situation gelebter Solidarität. In der verordneten Distanz trotzdem Nähe zu geben: Das gelingt in Köln ziemlich gut.

Ich möchte mich zunächst bei allen bedanken, die daran mitwirken, dass wir gemeinsam durch diese Krise kommen.

Ich freue mich sehr über das Engagement vieler Kölnerinnen und Kölner, die sehr kreativ mit der Situation umgehen und auch neue Strukturen entwickeln, zum Beispiel in Nachbarschaftsnetzwerken oder im kulturellen Sektor mit Livestreams, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Ich möchte mich beim Krisenstab bedanken, aber auch beim Presseamt der Stadt, das gut über alle neuen Entwicklungen informiert.

Denn Informationen über die Maßnahmen, die die Stadt ergriffen hat und ergreifen wird, Informationen zu Sachständen oder Informationen einfach nur dazu, wo man eigentlich Fragen stellen kann, machen es leichter - gerade auch de-

nen, die unsicher sind und viele Fragen haben. Vielen Dank dafür!

Wir als Politik nehmen die Situation sehr ernst. Krisenbewältigung und Erhalt von Strukturen sind für uns herausragende Themen - ebenso die Frage danach, wie unser Leben in Vielfalt und soziale Gerechtigkeit in Zeiten von Corona und durch Corona hindurch gestaltet werden können.

Dafür ist es wichtig, dass wir als Politik zusammenstehen, wie wir das heute tun. Denn tragfähige Lösungen brauchen einen breiten Konsens. Und darum geht es heute.

Wir alle kennen die Sorgen und Nöte aus unterschiedlichen Gruppen, aus unterschiedlichen Lebensbereichen.

Bund und Land - das ist schon gesagt worden - haben Maßnahmenpakete beschlossen. Auch in Köln wurde schon vieles angestoßen und geregelt.

Uns liegt daran, dass die Entscheidungen von Land und Bund jetzt auf die Kölner Ebene heruntergebrochen werden, damit wir in Köln wissen, bei welchen Problemen und Nöten der Menschen in Köln durch die Milliardenpakete bereits Abhilfe geschaffen werden kann, aber auch, damit wir in Köln wissen, wo wir nachjustieren müssen.

Wir begleiten und unterstützen daher die Verwaltung, die gerade daran arbeitet, Maßnahmen zu entwickeln, damit die Krise bewältigt wird und die Strukturen nicht wegbrechen.

Heute gab es die entsprechende Pressemitteilung der Stadt zu Soforthilfen für die freie Kultur. Vielen Dank dafür! Das ist eine Maßnahme, die stellvertretend für vieles andere steht, was der Stadtdirektor schon angesprochen hat, was man aber auch auf den Informationsseiten der Stadt einsehen kann. Wie gesagt: Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Unsere Handlungsmöglichkeit als Kommune hängt aber auch davon ab, dass die Kommunen Unterstützung erhalten. Bund und Land sind hier gefragt, die Kommunen auch finanziell zu unterstützen. Auch sie brauchen einen Rettungsschirm. Denn das, was sie leisten und leisten wollen, lässt sich sonst nicht stemmen. Ich denke, auch das gilt es ernst zu nehmen und noch einmal Richtung Land und Bund zu spiegeln.

Wichtig ist: Wir als Stadt lassen niemanden hängen! Wichtig ist, dass wir es ermöglichen, dass auch in und nach der Corona-Krise in dieser Stadt die Grundlagen unseres Zusammenlebens erhalten und Existenzen gesichert werden.

Dafür setzen wir uns ein. Daher haben wir auch den Vorschlag zu den kommunalen Hilfsmaßnahmen gemacht.

Denn es geht jetzt um nicht mehr und auch nicht weniger als die Frage: Wie kommen wir mit möglichst wenig Schaden aus der Krise? Wie stehen wir zusammen für die Kölnerinnen und Kölner ein?

Denn nur gemeinsam können wir weiterkommen. Gemeinsam sind wir Köln! - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Bundespräsident Steinmeier sagte kürzlich den treffenden Satz: „Viren haben keine Staatsangehörigkeit.“

Die Staaten sind unterschiedlich betroffen und gehen unterschiedlich damit um. Wir müssen Corona gemeinsam und solidarisch überwinden. Sogar die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* empörte sich gestern darüber, dass sich die Reichen in New York vor den Viren auf ihren Luxusjachten auf und davon machen. Da sehen wir den Unterschied zwischen Arm und Reich und deren unterschiedliche Betroffenheit.

Deshalb setzt sich die Ratsfraktion DIE LINKE gerade in dieser Zeit, in der auch sogar die Mittelschichten sehr, sehr stark in ihrer Existenz getroffen werden, insbesondere für die Menschen ein, die in prekären Situationen leben und arbeiten müssen.

Niemand darf vergessen werden. Jeder muss geschützt werden und Zugang sozialen Leistungen haben.

Es ist bitter, dass in der letzten Woche Obdachloseneinrichtungen schließen mussten. Die Kölner Tafel ist gefährdet.

Daran können wir erkennen: Soziale Einrichtungen sind ohne Ehrenamt nicht durchführbar. Das zeigt aber auch, dass bezahlte, ausreichende

professionelle Strukturen viel stärker sein müssen. Die Sozialverwaltung hat sofort reagiert und auf soziale Träger zurückgegriffen. Danke für dieses große Engagement von Ihnen!

Deshalb brauchen wir jetzt aber einen sozialen Hilfsfonds. Es muss klar sein: Für solche und andere Notlagen geben wir Geld aus. Und hier liegt unsere Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. EU, Bund und Land stellen Milliarden Euro zur Verfügung. Sie sind breit gestreut. Aber es gibt immer wieder Gruppen, denen keine Mittel zur Verfügung stehen. Genau da müssen wir uns engagieren. Deshalb freuen wir uns als DIE LINKE, dass heute ein Maßnahmenpaket im Umfang von circa 45 Millionen Euro auf den Weg gebracht werden wird.

In der Corona-Krise sinkt laut Allensbach-Institut der Anteil der Menschen in Deutschland, die hoffnungsvoll in die Zukunft schauen, auf 24 Prozent. Das ist der niedrigste Wert seit 1949. Wir dürfen soziale Verwerfungen nicht zulassen und müssen aktuell schnell und unbürokratisch reagieren. Wir brauchen als Politik einen ständigen Kommunikationsprozess mit den Kölnerinnen und Kölnern, dem Krisenstab und untereinander.

Ich will nur ein kurzes Beispiel nennen. Im Rahmen der Ausgangssperre in China hat die häusliche Gewalt dramatisch zugenommen. So etwas müssen wir auch hier im Blick behalten. Das muss uns aufhorchen lassen.

Zu guter Letzt möchte ich eine Anmerkung machen, die uns als DIE LINKE sehr wichtig ist. Herr Dr. Keller, Sie hatten vor ein paar Tagen gesagt, dass diese Ratssitzung doch vielleicht ausfallen sollte. Ich glaube aber, dass wir alle in der Verantwortung sind. Sie in der Verwaltung arbeiten ja auch. Wir als Politiker sind ebenfalls in der Verantwortung. Deshalb müssen wir hier weitermachen, dranbleiben und auch die demokratischen Pflichten wirklich weiterführen.

Unsere Empfehlung an Sie und an die Politik wäre: Lassen Sie uns gemeinsam in Sitzungen des Hauptausschusses alle zwei, drei Wochen die Lage erörtern und gemeinsam handeln.

Ich bin davon überzeugt, dass das ein sehr gutes Signal an die Stadtgesellschaft wäre. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, die sonst noch zuhören mögen! Dem Dank, der hier bereits ausgesprochen wurde, an die Verwaltung, an den Krisenstab, an die Helfer in den Krankenhäusern, an diejenigen, die für die Versorgung zuständig sind, an die Polizei, an die Ordnungskräfte und an alle anderen, die diese Stadt am Laufen halten, schließe ich mich gerne an.

Deswegen finde ich es auch wichtig, dass wir heute hier zusammenkommen. Wir haben uns als FDP-Fraktion auch dafür starkgemacht, dass diese Sitzung stattfindet - auch, um zu dokumentieren, dass die Stadt und ihre demokratischen Strukturen entsprechend handlungsfähig sind.

Ich bin auch Herrn Conin, Herrn Nüsser und dem Team des Gürzenichs dankbar. Es war in einer Runde in der letzten Woche auch mit meiner Idee, zu sagen: Lasst uns doch in den Gürzenich gehen; da haben wir ein bisschen mehr Platz. - Herzlichen Dank dafür, dass das möglich gemacht worden ist.

Wie die Kölner auf so etwas reagieren, haben wir gesehen, als abends um 21 Uhr geklatscht wurde. Das hat es ja bis in die *Tagesthemen* und das *heute journal* geschafft. Da bekommt man wirklich Gänsehaut, weil man sieht, wie in dieser Stadt mit diesem Dank umgegangen wird. Das gibt einem dann auch ein gutes Gefühl.

Der stellvertretende Ministerpräsident Joachim Stamp hat gesagt: „Wir verlangen den Menschen brutal viel ab.“ Ja, es gibt ganz schmerzhaft Einschränkungen. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite sieht man, was der Staat in einer solchen Krisensituation wirklich leistet. Das hätte man vorher auch nicht für möglich gehalten. Wenn man sieht, wie schnell der Bund und das Land, aber auch die Stadt Köln in diesen Tagen helfen können, wie schnell auf Corona reagiert wird und auch, wie sich die Zahlen in Köln, in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland entwickeln, muss man sagen: Wir scheinen in Deutschland doch einiges richtig zu machen.

Mein Dank geht auch an die Kolleginnen und Kollegen hier. Denn wir haben es geschafft, einen breiten Konsens zu erreichen für eine Reso-

lution, mit der wir diese aktuelle Stunde heute abschließen werden. Dafür bedanke ich mich.

Wir haben uns als FDP im Rahmen der Formulierung dafür eingesetzt, dass die vielen Ideen, die an uns in der Politik und an die Verwaltung herangetragen werden, von der Verwaltung bewertet werden und wir dann ein Feedback bekommen und auch die Bürgerinnen und Bürger ein Feedback bekommen, was zu realisieren ist.

Deswegen kann ich auch den Wunsch unterstützen, dass wir das dann im Hauptausschuss nachhalten - nicht erst am 20. April, wenn eigentlich die nächste Sitzung wäre, sondern sicherlich vorher.

Es gibt zahlreiche Vorschläge - ob vom Handelskämmerer, Herrn Grawe, ob vom DEHOGA oder ob von vielen anderen. Zum Beispiel geht es um eine Rückerstattung der Außengastronomiegebühren, um den Gastronomen schnell zu helfen. Die freie Kulturszene ist vorhin angesprochen worden. Da gab es schon Hilfen von Landesseite. Wir haben jetzt als Stadt Köln entsprechend nachgelegt. Es gibt Ideen von Drive-in-Testständen, wie sie im Nachbarkreis, im Rhein-Erft-Kreis, realisiert worden sind. Vorgeschlagen werden die Mietfreiheit für Gewerbeflächen von der Stadt oder von der GAG oder vielleicht sogar Abend- und Sonntagsmärkte. Es gibt also eine ganze Menge, was man hier realisieren könnte, zu dem wir entsprechendes Feedback bekommen.

Wir müssen uns überlegen: Wie sieht die Exit-Strategie aus? Wie kommen wir aus der ganzen Sache wieder heraus? Wie können wir den Bürgerinnen und Bürgern möglichst bald wieder möglichst viel Freiheit zurückgeben? Kann man vielleicht die Außengastronomie unbürokratisch schnell wieder öffnen, auch wenn die Restaurants innen noch geschlossen haben müssen? Können wir vielleicht im Sommer verkaufsoffene Sonntage machen, um den Veedeln zu helfen?

Das sind Dinge, die wir prüfen müssen, wenn es darum geht, wie wir aus der ganzen Situation wieder herauskommen. Und dann haben wir hoffentlich zum NRW-Tag im Sommer alle diese Krise bestanden und können hier gemeinsam mit ganz Nordrhein-Westfalen feiern, dass Köln die Krise gemeistert hat. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Wird von der Ratsgruppe GUT das Wort gewünscht? - Ja. Bitte, Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und als Zuschauer des Livestreams! Der Rat der Stadt Köln trifft sich heute nicht trotz der Corona-Krise, sondern während der Krise. Er nimmt seine Rechte und Pflichten wahr. So ist unser Zusammenkommen ein wichtiges Zeichen für Stabilität und damit ein positives Signal an Kölns Bevölkerung.

Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben ihren Dank an verschiedene Adressaten schon ausgesprochen. Dem möchte ich mich gerne anschließen. Meinen Dank möchte ich aber auch an alle da draußen erweitern. Jede bzw. jeder Einzelne ist wichtig. Ob sie sich bis über die Belastungsgrenzen hinaus für unser Wohl einsetzen oder ob sie nur still, aber solidarisch die zahlreichen Einschränkungen unseres Zusammenlebens ertragen: Sie alle helfen uns dabei, die Krise zu bewältigen. Dafür herzlichen Dank!

Solidarität ist wahr und groß, wenn sie universell ist. Was bedeutet dies? Solidarität oder Nächstenliebe darf niemanden ausgrenzen - und sie muss geübt werden. Die Hilfsbereitschaft der Kölnerinnen und Kölner ist ungebrochen. Wir haben dies in den letzten Jahrzehnten immer wieder erfahren können.

Neu ist in dieser Krise, dass uns Hilferufe aus der Mitte der Gesellschaft erreichen, mit denen wir nicht gerechnet haben. Dies zeigt, dass berechnete Existenzsorgen nun selbst auch die Menschen erreichen, die zum Glück mit dem eigentlichen Coronavirus gar nicht infiziert sind.

Doch wie organisieren wir all die notwendige Hilfe? Wie viele Brände können wir gleichzeitig löschen?

Mein Appell an den Krisenstab, die Verwaltung und Kölns Bevölkerung ist folgender:

Lassen Sie uns die Wirkrichtung unserer Hilfe bottom up, von unten nach oben, organisieren. Dies bedeutet, zunächst weiterhin all unsere Anstrengungen auf die Erkrankten und das Eindämmen der Epidemie zu konzentrieren. In den nächsten Schritten kümmern wir uns um die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Hierzu zähle ich - unter anderem - Obdachlose und Bedürftige. Ich höre aus der Verwaltung - und freue mich auch sehr darüber -, dass die Hilfen

auch für diese Gruppen bereits intensiviert werden.

Aber natürlich betrifft die Krise viele weitere Kreise in unserer Kommune - etwa Alleinerziehende mit ihren Kindern zu Hause, die selbst nicht mehr arbeiten gehen können, sei es, weil sie keine Betreuung für ihre Kinder finden, oder sei es, weil der Betrieb keine Gehälter mehr zahlen kann.

Aber auch die Sorgen aller anderen werden gehört und ernst genommen. Erste Hilfen richtet unsere Stadt Köln selbst ein. Aber es sind auch finanzielle Mittel aus Düsseldorf und Berlin in die Kommune unterwegs. Manches braucht Zeit, und bei manchen muss man leider auch an die Geduld appellieren. Es ist für uns alle eine Riesenherausforderung. Ich bin mir sicher, dass Verwaltung und Politik ihr Bestes geben werden.

Aber lassen Sie uns bitte bei den Bedürftigsten in unserer Stadt anfangen. Denn diese Stadt, unser Köln, ist immer nur so stark wie die Schwächsten, die in ihr wohnen.

Zu meinen täglichen Übungen im Homeoffice gehört neben dem Blick in die Zeitungen und dem Gucken der Tagesschau auch der Besuch der Webseite der Stadt Köln mit den aktuellen Fallzahlen. Ich weiß, dass diese Zahlen aus verschiedenen Gründen mit Vorsicht zu genießen sind. Die Kurven und die Interpretationen daraus sind nicht wirklich belastbar. Dennoch lassen sich mit aller Vorsicht - und nur Stand heute - erste leicht positive Signale erkennen.

Es könnte sein, dass es uns in Köln gelingt, die Kurve tatsächlich abzufachen. Wenn man sich die Zahlen genauer anguckt und die entsprechenden Zeiträume wie Inkubationszeit zurückrechnet, kann man zu dem Ergebnis kommen, dass mit dem Wochenende Mitte März in Köln ein Umdenken, eine größere Vorsicht begonnen hat. Es war das Wochenende, als bekannt wurde, dass Kitas und Schulen schließen werden. An diesem Wochenende begann der überwiegende Teil der Kölnerinnen und Kölner, sein Verhalten in der Öffentlichkeit freiwillig umzustellen. Dies verdient Anerkennung und Respekt.

Dieses zarte Pflänzlein Hoffnung, dass eventuell Entspannung in Sicht ist, darf uns nicht dazu verleiten, in unseren Anstrengungen nachzulassen. Wir stehen zu 100 Prozent hinter den angeordneten Maßnahmen. Denn sie scheinen zu zeigen, dass sie wirksam sind. Lassen Sie uns daher diesen Weg zunächst weitergehen, auch

wenn er mit vielen Einschränkungen verbunden ist.

Zum Schluss möchte ich mich an unsere Oberbürgermeisterin und unseren Krisenstab wenden. In Anlehnung an ein berühmtes Zitat: Sie schaffen das nicht nur, sondern Sie machen das auch! Dafür herzlichen Dank!

Nachdem diese wichtige aktuelle Stunde nach den folgenden Redebeiträgen abgeschlossen ist, wünsche ich uns einen möglichst kurzen Sitzungsverlauf. Auf ans Werk! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der LINKEN und bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

**Stephan Boyens (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dies ist nicht die Zeit für parteipolitisches Gezänk oder Kritik um der Kritik willen. Ich versichere Ihnen daher im Namen der AfD-Fraktion, dass wir die Stadtspitze bei allen ihren Entscheidungen, die notwendig und sinnvoll sind, unterstützen werden.

Ich möchte Ihnen aber doch drei Gedanken mitgeben.

Erster Gedanke: Wir sollten unverzüglich den Schalter umlegen. Wir stehen möglicherweise am Beginn einer der größten Wirtschaftskrisen, die dieses Land, diese Stadt seit 1929 gesehen hat.

Vor drei Tagen saß ich mit den übrigen Fraktionsspitzen im Finanzausschuss. Von einem heraufziehenden Sturm schien da niemand etwas wissen zu wollen. Stattdessen: Business as usual - Gründung einer dauerdefizitären Film Festival Cologne GmbH, Förderung Interkultureller Zentren, Sonderausstellungen in Museen usw. Allein diese drei Positionen umfassen über 2 Millionen Euro. Alles wurde so durchgewunken.

Meine Damen und Herren, diese Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen. Das lässt eigentlich nur einen Schluss zu - nämlich, dass offensichtlich die meisten der Fraktionen hier den Schuss noch nicht gehört haben. Wer so abstimmt, weiß offenbar nicht, was die Stunde geschlagen hat.

Die Menschen in Köln erwarten jetzt von uns - und das zu Recht - eine Konzentration auf das Wesentliche und auf das absolut Notwendige. Und das heißt: Ab sofort müssen alle weiteren Ausgaben unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Was wir jetzt brauchen, ist echtes Krisenmanagement. Nice to have war gestern. Kurzum: In Zukunft brauchen wir jetzt Suppenküchen statt Sozialgedöns.

Zweiter Gedanke: Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass der im letzten Jahr beschlossene Doppelhaushalt als Haushalts- und Planungsgrundlage nicht mehr taugt. Fakt ist: Unser Haushalt ist Makulatur. Wir brauchen deshalb schleunigst einen neuen Handlungsrahmen.

Daher fordern wir die Stadtkämmerin auf, zügig mit den Planungen und der Aufstellung für einen Haushalt 2021 zu beginnen - dies umso mehr, als ja noch nicht einmal sicher ist, dass die Kommunalwahl dieses Jahr auch stattfinden wird.

Dritter Gedanke: Bleiben Sie standhaft gegenüber den Trittbrettfahrern der Corona-Krise. Wir werden in den nächsten Monaten eine Vielzahl von Insolvenzen und wirtschaftlichen Notlagen in dieser Stadt sehen.

Lassen Sie mich eines ganz deutlich machen: Es ist vollkommen klar, dass wir denjenigen, die unverschuldet in Not geraten sind und über ein robustes Geschäftsmodell verfügen, selbstverständlich helfen werden, über diese kritische Zeit zu kommen.

Aber wir dürfen keinen allgemeinen Rettungsschirm über alle aufspannen. Das können wir nicht leisten, und das können wir uns als Stadt Köln nicht leisten.

Der erste Trittbrettfahrer in Köln hat sich ja schon gemeldet. Damit meine ich die insolvente Vapiano-Gruppe. Und ich sage Ihnen voraus, meine Damen und Herren: Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten zahlreiche Vapianos in Köln sehen, die auf die Stadt zukommen und um Hilfe bitten werden.

Ich fordere Sie auf: Bleiben Sie standhaft, und sagen Sie, dass es keine Hilfen für Unternehmen und Organisationen gibt, die sich schon vor Corona kaum über Wasser halten konnten.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor einer enormen Herausforderung. Ich fordere uns daher auf:

1. alle Ausgabenwünsche unter Finanzierungsvorbehalt stellen,
2. schleunigst einen neuen Haushalt für das kommende Jahr aufstellen,
3. keine Hilfen für die Vapianos dieser Stadt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe Rot-Weiß)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich habe Sie darüber zu informieren, dass Herr Wortmann soeben mitgeteilt hat, dass er die als Anlage eingestellte Resolution, also diesen Auftrag, den Sie der Verwaltung gleich mit Abschluss dieser aktuellen Stunde geben wollen, nicht mitträgt und sich als Antragsteller zurückzieht. - Das ist jetzt eine Information gewesen, die ich Ihnen pflichtgemäß mitteile.

Wir kommen nun zum Beschluss über die Weiterführung der aktuellen Stunde gemäß § 5 Abs. 10 unserer Geschäftsordnung. Ich schlage vor, die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen, und zwar mit dieser Resolution, die ja für die Verwaltung einen Handlungsrahmen darstellt, als Anlage. Ich denke, so ist das von Ihnen gemeint.

Dann stelle ich das zur Abstimmung und frage Sie, ob es Gegenstimmen gibt. - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit können wir die aktuelle Stunde so abschließen, und die Sache wird zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen, und zwar mit den Rahmenbedingungen, die Sie vorgegeben haben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1 auf:

## **2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**

### **2.1 Annahme einer Schenkung der Bethestiftung 0973/2020**

Wir konnten ihn noch nicht umdrucken. Er wurde Ihnen um 15.25 Uhr elektronisch zugewiesen. Die Verabredung mit der Bethestiftung ist um 15.16 Uhr erfolgt.

Es geht darum, dass die Bethe-Stiftung der Stadt Köln 250 000 Euro zuwenden möchte. Dazu gibt es eine ganz kurze Begründung, die ich Ihnen vorlesen würde - für diejenigen, die das noch nicht erreicht hat:

Die Bethe-Stiftung stellt kurzfristig einen Geldbetrag von 250.000,00 Euro zur Verfügung, mit dessen Hilfe die Stadt Köln durch ihre Dienststellen geeignete Maßnahmen für die Obdachlosen- und Bedürftigenhilfe ergreifen sowie entsprechende Kölner Einrichtungen wie beispielsweise die Tafeln, die Lebensmittel an bedürftige Menschen verteilen, finanziell unterstützen will.

(Beifall)

Ich habe auch mit Frau FÜRHAUPTER heute Vormittag schon darüber gesprochen, wie man das machen kann. Wir haben schon viele Ideen dazu. Mir war das ganz wichtig - deswegen bitte ich auch um Nachsicht für diese kurzfristige Einstellung hier. Ich denke, es ist in unser aller Sinne, dass wir das Geld abrufen. Es muss nämlich noch diese Woche abgerufen werden. Das ist eine Unterstützung der Bethe-Stiftung aus Bergisch-Gladbach, mit der wir auch sonst in vielen Fällen zusammenarbeiten. Das ist, finde ich, eine ganz großartige Unterstützung. Wir haben auch schon Ideen, was wir damit machen wollen. Aber ich denke, darüber wird auch im Sozialausschuss noch einmal beraten werden. Das nützt aber natürlich sehr.

Deswegen würde ich das jetzt gern zur Abstimmung stellen und Sie um Handzeichen bitten, wenn Sie mit dieser Schenkung einverstanden sind.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann haben wir die Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich bei Erich Bethe, mit dem ich das besprochen habe. Wir werden dann auch eine entsprechende Pressemitteilung auf den Weg bringen. Ihm ist das auch deswegen sehr wichtig, weil er nicht nur will, dass wir hier denjenigen, die besonders betroffen sind, Unterstützung bieten, sondern er wünscht sich natürlich auch, dass andere seinem Beispiel folgen und jetzt das Portemonnaie aufmachen. Vielen Dank dafür.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen den Vorschlag machen, die Anträge zur Behandlung

und Entscheidung in den Hauptausschuss zu verweisen - so, wie das eben auch besprochen worden ist. - Ich sehe eifriges Nicken.

Dann komme ich zu Tagesordnungspunkt

#### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Die Anfragen liegen vor. Die vorab eingereichten Nachfragen werden schriftlich beantwortet.

Wenn Sie damit einverstanden sind, kann ich zu Tagesordnungspunkt 6.1.1 überleiten.

#### **6 Ortsrecht**

##### **6.1 Satzungen**

##### **6.1.1 Satzung über das besondere Vorkaufrecht für das Gebiet „Otto und Langen-Quartier“ in Köln-Mülheim nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch 0095/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### **6.1.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Satzungsänderung 0512/2020**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### **6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches**

##### **6.2.1 Elternbeitragssatzung für die Kindertagesbetreuung ab 01.08.2020 0558/2020**

##### **Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0430/2020**

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Ja, darüber lasse ich als Zweites abstimmen.

**Christian Joisten** (SPD): Ich würde gern dazu sprechen insofern, dass wir den Änderungsantrag der FDP in unseren Punkt 1 integrieren würden.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein, danke!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das wird nicht akzeptiert, also würde ich gern bei der Reihenfolge bleiben und zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Grünen, das ist die CDU, das ist die FDP, das ist Herr Zimmermann und ich auch. Enthaltungen? - AfD. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion, das sind DIE LINKE, die FDP und Frau Gerlach; jetzt sehe ich sie. Es tut mir leid, es ist ganz schwierig von hier. Enthaltungen? - Keine. Könnte es auch nicht mehr geben. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt:

#### **6.2.2 Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln 4454/2019**

Meine Damen und Herren, wir stimmen ab über den aktualisierten Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Anlage 4, der die vom Ausschuss Kunst und Kultur angeregte Änderung von Ziffer 3 Abs. 4 enthält.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe auf:

#### **6.4 Sonstige städtische Regelungen**

##### **6.4.1 Änderung der Anlage 4 (Förderungshöhe) der Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren 0237/2020**

Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - War das eine Enthaltung, Herr Wiener? - Eine Enthaltung von Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

##### **6.4.2 Geschäftsweisung für das Finanzwesen der Stadt Köln 0638/2020**

Gibt es Gegenstimmen?

(Christian Joisten [SPD]: Das wird zur Kenntnis genommen!)

Nach meinen Unterlagen muss ich es beschließen lassen.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

##### **6.4.3 Ergänzung der Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW aus 2012, zuletzt geändert durch Beschluss 1027/2019 vom 26.09.2019 0354/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu:

#### **7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates**

##### **7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW**

###### **7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2019 0244/2020**

###### **7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2020 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21 0245/2020**

##### **7.2 Unterrichtung des Rates über Kosten-erhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO**

###### **7.2.1 Neugestaltung des Spiel- und Bolzplatzes Eythstraße in Köln-Kalk hier: Kostenerhöhung 0632/2020**

Das sind in der Tat jetzt Kenntnisnahmen. Vielen Dank.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt

## **8 Überplanmäßige Aufwendungen**

### **8.1 Überplanmäßiger Aufwand 0489/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Rot-Weiß.

Tagesordnungspunkt

## **10 Allgemeine Vorlagen**

### **10.1 Erweiterter Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz hier: Herstellung der Barrierefreiheit für die Stadtbahnlinien 16 und 18 0330/2019**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Die Tagesordnungspunkte 10.2 und 10.3 haben wir zurückgestellt.

Ich rufe auf:

### **10.4 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2530/2019**

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.6 Wirtschaftsplan 2020 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 3952/2019**

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.7 Verlängerung des Inneren Grüngürtels im Zuge des Projekts Parkstadt-Süd; hier: Vergabe- und Baubeschluss für die Niederlegung der städtischen Aufbauten auf dem Gelände: Bonner Straße 126, ehemaliger Güterbahnhof Bonntor - Aurelis-Gelände - 3795/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.8 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2020 0241/2020**

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.9 Ersatzansprüche der Häfen und Güterverkehr Köln AG - Ausbaustopp Godorfer Hafen 0052/2020**

Gegenstimmen? - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.10 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 - 4 0442/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.11 Einrichtung von Fachräumen als Automatisierungslabor im Berufskolleg 17, Eitorfer Str. 18-20, 50679 Köln (Deutz) - Förderprogramm des Landes NRW „Digitalpakt Schule“ - außerplanmäßige Auszahlungen im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2020 mit dazugehöriger Freigabe 2687/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.12 Gründung der Film Festival Cologne GmbH 3089/2019**

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: „Erhöhung des Förderetats für interkulturelle Projekte“ sowie „Etatisierung eines Förderbudgets für freie inklusive Kulturarbeit“  
0429/2020**

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Anpassung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters ab der Spielzeit 2020/21  
0561/2020**

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Anmietung neuer Räume für die Kunst- und Museumsbibliothek  
0727/2020**

Hier werden die Fragen aus dem Kulturausschuss noch beantwortet werden.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist schon!)

- Das ist schon erledigt, okay. Mich hat das nicht erreicht, deswegen war es mir wichtig, das zu sagen.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD und Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Drogenhilfekzept 2020 der Stadt Köln  
3804/2019**

Hier möchte ich abstimmen lassen wie im Sozialausschuss, Anlage 3, und Gesundheitsausschuss, Anlage 4, nur über Ziffer 1 der Vorlage, meine Damen und Herren.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung des Deutzer Ringes zwischen östlichem Zubringer und der Severins-**

**brücke in beiden Fahrtrichtungen (Bauabschnitt 2 und 3) sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen  
0064/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Erweiterter Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz inklusive erforderlicher technischer Ausrüstung  
1260/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.22 Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09./09.09.1991 zur Übertragung der Federführung für die Maßnahme „Kapazitätserweiterung durch Verlängerung der Bahnsteige der Haltestellen der Stadtbahnlinie 1“ sowie Beschluss über die Erstellung der Planung für die rechtsrheinischen Haltestellen und die Haltestelle Rheinenergie-Stadion der Stadtbahnlinie 1 bis Leistungsphase 4 HOAI durch die Kölner Verkehrsbetriebe AG  
2399/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

**10.23 Erweiterung der Nord- und Südseite der Hohenzollernbrücke; Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss  
2805/2019**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion  
AN/0438/2020**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT  
AN/0432/2020**

Herr Sterck.

**Ralph Sterck (FDP):** Bitte entschuldigen Sie, Frau Oberbürgermeisterin. Hier liegt ein Ände-

rungsantrag von CDU, den Grünen und GUT vor, dem wir auch gern zustimmen würden. Ich verstehe ihn nur leider nicht in dem Punkt 3. Vielleicht kann jemand vertonen, was damit gemeint ist.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Kann uns jemand unterstützen? - Herr Hammer.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Kollege Sterck, es ist damit gemeint, dass wir die Rampe, die an der Nordseite der Hohenzollernbrücke vorgesehen ist, wo wir im letzten Verkehrsausschuss die Mitteilung hatten, dass die provisorisch nicht gehen soll, gern dauerhaft dort integriert haben möchten und dass im Zuge dessen aber auch - -

(Ralph Sterck [FDP]: Punkt 3!)

- Entschuldigung.

Punkt 3: Es geht darum, dass noch geklärt werden soll im weiteren Verfahren, ob die neue Brücke, die auf der Südseite der Hohenzollernbrücke entsteht, den Radweg bzw. Rad- und Fußweg, der bisher drangeflanscht ist, mit integriert bekommt und ersetzt oder ob dieser Steg quasi erhalten bleibt und die neue Brücke dann darunter gesetzt wird. Das ist einfach noch einmal als Variante mit zu prüfen, damit wir als Politik auch entsprechend über Varianten entscheiden können.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Konnte das Ihr Abstimmungsverhalten unterstützen? - Gut.

Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und Frau Gerlach; jetzt weiß ich, wo sie sitzt. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag von CDU, Grüne und GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Frau Gerlach, war das nur ein Winken? - Gut. Enthaltungen? - Der LINKEN. Keine Gegenstimmen und Enthaltungen bei der LINKEN. Dann ist es so beschlossen.

Ich muss jetzt abstimmen lassen über die Vorlage in der soeben geänderten Form, meine Damen und Herren. Gibt es Gegenstimmen? - Ge-

genstimmen der SPD-Fraktion und von Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.24 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Dommumgebung; hier: Baubeschluss und ergänzende Planungsbeschlüsse 3186/2019**

Ich lasse abstimmen wie StEA, Anlage 11, und Finanzausschuss, Anlage 12. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD und Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.26 Kommunales Vorkaufsrecht Erfahrungsbericht und Evaluation 3388/2019**

Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - AfD und Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.28 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße Variantenentscheidung 4122/2019**

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss heute, Anlage 13, und gebe Ihnen zur Kenntnis, dass Herr Bezirksbürgermeister Homann seinen Redebeitrag zu Protokoll eingereicht hat.

(Ulrich Breite [FDP]: Das denke ich mir!)

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.29 Grün hoch 3 4316/2019**

Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.30 Beschluss über die Zustimmung zum Abschluss des städtebaulichen Vertrags zum städtebaulichen Planungs-**

**konzept „Laurenz-Carré“ in Köln-Altstadt/Nord  
0111/2020**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion  
AN/0439/2020**

Hier lasse ich zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

## **12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**

**12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 66380/03  
Arbeitstitel: Husarenstraße in Köln-Rondorf  
0186/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich komme zu den Satzungen.

**16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**

**16.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28.02.2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen  
0035/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**16.2 Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages  
0208/2020**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zu den Wahlen.

## **17 Wahlen**

**17.1 GbR Historische Mitte: Entsendung von Mitgliedern in den Lenkungskreis**

**0414/2020**

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Von der LINKEN und der FDP-Fraktion. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.2 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln  
0553/2020**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.3 Wahl der Vertreter des Rates in der Jurysetzung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln  
0415/2020**

Ich lasse abstimmen wie der Umweltausschuss in Anlage 2. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**18.1 Satzung über eine zweite Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord  
Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord  
0309/2020**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**18.2 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen  
0893/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen. Das ist ein wichtiges Signal, was wir da aussenden.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt:

**19 Entscheidungen in Angelegenheiten der  
Fachausschüsse zur Vermeidung von  
Dringlichkeitsentscheidungen - Rück-  
holrecht des Rates gemäß § 6 Zustän-  
digkeitsordnung**

**19.1 Bedarfsfeststellung über die Ersatz-  
/Neubeschaffung von Veranstaltungs-  
mobiliar für das Historische Rathaus  
0621/2020**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?  
- Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich würde gern die Nichtöffentlichkeit herstellen.

(Schluss: 17.07 Uhr)

**Anlage**

**zu Tagesordnungspunkt 4.4**

**zu Protokoll gegebene Nachfrage**

**Thor-Geir Zimmermann** (Ratsgruppe GUT):  
*Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Vielen Dank für die Beantwortung unserer Anfrage.*

*Zu Punkt 4) Ihrer Antwort haben wir zwei Nachfragen. Wir bitten darum, diese nach Rücksprache mit der Landesregierung zu beantworten.*

- 1) Das Ministerium des Innern NRW hält „ein etwas verkürztes Zeitfenster für die Sammlung der Unterstützungsunterschriften für zumutbar“. Ab wie vielen Tagen Frist, zum Sammeln der Unterstützungsunterschriften, wäre ein verkürztes Zeitfenster nach Ansicht des Ministeriums des Innern NRW nicht mehr zumutbar?*
- 2) Das in der Antwort erwähnte Ausdrucken, Unterschreiben, Scannen und per E-Mail Einsenden von Unterstützungsunterschriften erscheint uns wenig praktikabel. Wie bewertet die Verwaltung/das Ministerium den Vorschlag, die Anzahl der zu sammelnden Unterschriften zu reduzieren?*

*Mit Dank für Ihre Antwort*

*Thor Zimmermann*

## Anlage

### zu Tagesordnungspunkt 6.1.1

#### zu Protokoll gegebene Rede

**Michael Frenzel (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

#### Vorgeschichte

In Köln-Mülheim liegt, nahe dem Hafen, ein Ort von absolut herausragender industriegeschichtlicher Bedeutung. Hier, wo es nach Öl und Eisen riecht, auf dem zuletzt von KHD genutzten Industriegelände, stand die erste Gasmotorenfabrik der Welt. Hier löste der Verbrennungsmotor die Dampfmaschine ab. In diesen alten Fabrikhallen startete die Weltmotorisierung.

Nach dem Wegzug der Deutz AG soll jetzt auf dem rund 5 Hektar großen Gelände „Otto-&-Langen-Quartier“ ein neues Stadtquartier entstehen. Dafür wurde unter dem rotgrünen Oberbürgermeister Roters ein als beispielhaft bezeichneter Werkstattprozess organisiert, der Leitlinien und Visionen definierte für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung unter Achtung des historischen Erbes.

Von der Umsetzung dieser Visionen gelang der nach 2014 veränderten Ratsmehrheit aus CDU, Grünen, FDP und Freunden, mit ihrer Oberbürgermeisterin Reker, jedoch kaum etwas. Große Areale des industriegeschichtlichen Erbes wurden plattgemacht, wie Professor Dr. Walter Buschmann, passionierter Denkmalschützer und Vorsitzender des Vereins Rheinische Industriekultur, kritisiert:

*Eine deutliche Fehlentwicklung gibt es hinsichtlich des östlich der Deutz-Mülheimer Straße gelegenen Geländes der Deutz AG. Der dort realisierte Verkaufspreis von 120 bis 170 Mio Euro kann zu keiner substanzorientierten Planung mehr führen. Der Investor wird mit aller Macht versuchen, den hohen Bodenpreis durch Neubau zu refinanzieren. Anstelle von Stadtreparatur und erhaltender Stadterneuerung ist hier Kahlschlag vorprogrammiert.*

Nun geht es um das auf der anderen Straßenseite gelegene Gelände. Hier bietet sich vielleicht

eine letzte Chance, aus einem Teufelskreis von spekulativer Bodenpreisentwicklung und gewinnoptimierter Stadtentwicklung auszubrechen.

#### Die Satzung

Die Satzung über das besondere Vorkaufsrecht für das Gebiet „Otto-&-Langen-Quartier“ in Köln-Mülheim nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch ist ein verzweifelter Reparaturversuch in voller Fahrt, um eine fahrlässige Geisterfahrt der schwarzgrünen Ratsmehrheit zu beenden.

#### Der Ratsbeschluss soll:

1. eine geordnete städtebauliche Entwicklung für das Gebiet über ein Vorkaufsrecht der Stadt sicherstellen und
2. die Stadtverwaltung beauftragen, mit den Grundstückseigentümern einvernehmliche Lösungen zu verhandeln.

#### Die Ablehnung

Der Hintergrund: Den Kauf eben dieser Grundstücke hat die schwarzgrün-gelbe Mehrheit am 1. Februar 2018 im Stadtentwicklungsausschuss abgelehnt.

Damals beantragte die SPD in einem Änderungsantrag zum Städtebaulichen Planungskonzept Otto-Langen-Quartier:

*Angesichts der Veräußerungsabsichten der NRW.Urban wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, die Grundstücksflächen der NRW.Urban im Otto-Langen-Quartier*

*a) zum Zwecke des Zwischenerwerbs durch die Stadt Köln selbst und mit anschließender Weiterveräußerung prioritär im Rahmen einer Direktvergabe an einen sog. Bestandshalter*

*oder*

*b) durch eine städtische Entwicklungs- oder Wohnungsgesellschaft, ggf. in Kooperation untereinander oder mit der Stadt Köln,*

*mit dem Ziel einer zügigen städtebaulichen Entwicklung gemäß den Beschlussfassungen des Stadtentwicklungsausschusses und des Rates zu erwerben.*

*In die Prüfung des Erwerbs soll der private Grundbesitz entlang der Deutz-Mülheimer Straße einbezogen werden, um die Entwicklung des Otto-Langen-Quartiers aus einer Hand zu gewährleisten.*

*([https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_\\_kvonr=73287&voselect=18705](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=73287&voselect=18705))*

*Dieses war seinerzeit verbunden mit einem Hinweis auf ein durch den SPD-Bauminister Mike Groschek eingeräumtes besonderes Vorkaufsrecht landeseigener Grundstücke für Entwicklungsmaßnahmen der Gemeinden. Auf diesem Wege hätte eine kostentreibende Ausschreibung des landeseigenen Grundstücks vermieden werden können.*

*Die Folgen*

*Mit ihrer Ablehnung des SPD-Antrags zum Kauf des Landesgrundstücks und der ehemaligen Hauptverwaltung vor zwei Jahren haben CDU/Grüne/FDP die Misere im „Otto-&-Langen-Quartier“ zunächst herbeigeführt. Denn abgesehen von einem zweijährigen Stillstand der städtischen Bemühungen waren die Folgen gravierend.*

*Der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Börschel stellte im Februar 2018 im Landtag die kleine Anfrage (LT-Drs. 17/1890) „Geplanter Verkauf der Grundstücke im Otto-Langen-Quartier durch NRW.Urban in Köln-Mülheim und mögliche Folgen für die städtebauliche Entwicklung“. In ihrer Antwort an den Abgeordneten nimmt die Landesregierung explizit Bezug auf den Beschluss des Reker-Bündnisses:*

*Nach der Verwaltungsvorschrift zu § 15 Absatz 3 Haushaltsgesetz ist die Fläche beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen zur Durchführung eines sog. Interessenbekundungsverfahrens anzumelden. Im Zuge dieses Verfahrens hätte die Stadt die Gelegenheit, die Fläche selbst oder über eine städtische Gesellschaft zu erwerben.*

*Der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Köln hat jedoch mit Beschluss vom 01. Februar 2018 einen solchen Erwerb bereits ausgeschlossen.*

*Das Land begründet also bis heute, die Stadt habe doch bereits erklärt, dass kein Interesse*

*besteht, und deshalb soll eine Vergabe nach Höchstpreisen erfolgen.*

*Durch den Regierungswechsel von rotgrün zu schwarzgelb im Land änderte sich zudem die Interpretation des Vorkaufsrechtes der Gemeinde bei landeseigenen Grundstücken. Die Ministerien für Heimat und Finanzen schoben die Verantwortung und die Entscheidung hin und her. Die rechtliche Einschätzung ist inzwischen dort so, dass es jedenfalls für die Stadt Köln erheblich teurer wird.*

*Auch die privaten Eigentümer des Areals trieben in der Folge ihre Verwertungsbemühungen voran.*

*Die Stadt hat mit dieser Fehlentscheidung folglich jedenfalls die Kontrolle der auf die städtebauliche Entwicklung einwirkenden ökonomischen Rahmenbedingungen aus der Hand gegeben, und sie hat zwei Jahre die Hände in den Schoß gelegt.*

*Zumindest soll nun wohl zwei Jahre später mit der Verwaltungsvorlage die von CDU/Grünen/FDP beschlossene Ablehnung des SPD-Antrags vom 31.01.2018 korrigiert werden. Die Notwendigkeit dazu erklärte die Verwaltung im Liegenschaftsausschuss. Das passt dazu, dass in der Stadt nichts wirklich vorangeht, weil keine Strategie erkennbar ist.*

*Das Resultat*

*Im Ergebnis nehmen wir nun bei einem Kauf des Grundstückes nicht nur zwei Jahre Preissteigerung mit - ein Schaden, der in die Millionen geht.*

*Es ist des Weiteren ungewiss, ob die Stadt überhaupt kaufen will, wenn sie denn kann. Denn die Ausübung des Vorkaufsrechtes ist im Einzelfall für den Erwerber bedauerlich, für den Verkäufer finanziell aber ohne Nachteil.*

*Mit der möglichen Ausübung des Vorkaufsrechtes schuldet die Stadt Köln nämlich einen zwischen Kaufvertragsparteien vereinbarten Kaufpreis. Die Ausübung des Vorkaufsrechtes durch die Gemeinde bedeutet, dass sie als Käuferin in den bestehenden Kaufvertrag zu denselben Bedingungen eintritt und damit grundsätzlich auch in die Verpflichtung, den inzwischen gestiegenen Kaufpreis zu bezahlen. Die Kommune hat das Wahlrecht, lediglich zum Verkehrswert zu erwerben, dann aber mit der Folge, dass (nur) der Verkäufer vom Vertrag zurücktreten kann.*

*Es steht zu befürchten, dass - wenn die Stadt tatsächlich in den Kaufvertrag eintritt - sie also*

allein aufgrund der Steigerung der Verkehrswerte für Grundstücke einen erheblich höheren Preis zu zahlen hat, als dies 2018 noch der Fall war. Es besteht ferner die Gefahr, dass der Kauf wirtschaftlich nicht darstellbar ist und Fakten geschaffen werden, die nicht mehr rückholbar sind.

Führt die Gemeinde das Grundstück nicht innerhalb einer angemessenen Frist dem mit der Ausübung des Vorkaufsrechts verfolgten Zweck zu, hat sie zudem dem Verkäufer einen Betrag in Höhe des Unterschieds zwischen dem vereinbarten Kaufpreis und dem Verkehrswert zu zahlen.

Dieser Totalschaden hat allein machtpolitische Motive. Weil es geübte Praxis der herrschenden ökokonservativen Reker-Mehrheit ist, Initiativen der SPD zunächst reflexartig abzulehnen - allein mehr als drei Dutzend wohnungspolitische Initiativen seit 2015 - wurde auch diesmal wider der Vernunft entschieden.

Das überfällige (Um-)Denken bei CDU/Grünen ist zu begrüßen, kommt nun möglicherweise zu spät. Der Millionenschaden ist da, die Spekulation befördert.

Ein katastrophaler Unfall, durch die schwarzgrüne Kölner Lokalpolitik selbst verursacht, der zum Startpunkt einer beispiellosen Geisterfahrt wurde.

Eile ist geboten

Um eine geordnete Entwicklung im Gebiet zu gewährleisten, soll nun schnellstmöglich die Satzung über das Besondere Vorkaufsrecht in Kraft treten. Damit sollen sich abzeichnende aktuelle Veräußerungsabsichten über das Instrument Besonderes Vorkaufsrecht gesichert werden.

Warum dieser Umschwung, und warum kommt er jetzt? - Weil die Initiative raum13 auf die Miserie immer drängender aufmerksam machte.

Ich bin seit vielen Jahren regelmäßiger Besucher der Ausstellungen und Workshops auf dem ehemaligen Deutz-Areal. Im Zuge der Verkaufsbestrebungen eines der Eigentümer wurde der raum13 gGmbH zum 30. April 2020 die Kündigung ausgesprochen. Die Zukunft des Deutzer Zentralwerks der Schönen Künste und damit auch der Gasmotorenfabrik Deutz ist durch diese Entwicklung in hohem Maße gefährdet.

Deswegen ist nun Eile geboten. Es wäre fatal, wenn die Betreiber, die dort sehr viel Engagement investiert haben, aufgrund der jahrelangen Untätigkeit der schwarzgrünen Ratsmehrheit das Feld räumen müssten.

Nun also beschließen wir eine „Rettungsaktion“, wie es das vom Aus bedrohte Künstlerprojekt raum13 bezeichnete. Es ist gut, dass wir einen parteiübergreifenden Konsens dafür gefunden haben, mit einem letzten Versuch das Otto-&Langen-Quartier noch zu retten.

Die KölnSPD hat sich in der Sache immer klar positioniert. Weil große Teile des Geländes NRW.Urban, also dem Land NRW gehören, haben wir 2018 beantragt, dass die Stadt das Gelände kaufen soll, um es mit ihrer Entwicklungsgesellschaft moderne stadt oder der GAG oder einem anderen Partner zu entwickeln - insbesondere, um bezahlbares Wohnen und kulturelle Nutzungen zu ermöglichen, die ein privater Investor sehr wahrscheinlich bei einer Höchstpreisvergabe nicht realisieren würde.

Wir hoffen, dass nun mit dieser Maßnahme ein Crash für dieses Denkmal der Industriegeschichte und das kulturelle Leben in dieser Stadt sozusagen noch in letzter Minute abgewendet werden kann.

Wir hoffen, dass wir damit die Kultur fördern und Wohnen.Bezahlbar.Machen und stimmen auch deshalb natürlich für den Erlass der Vorkaufssatzung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## Anlage

### zu Tagesordnungspunkt 6.2.1

#### zu Protokoll gegebene Rede

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! In keinem europäischen Land hängt die Bildung so stark vom Einkommen des Elternhauses ab wie in Deutschland! Dabei stellt die frühkindliche Bildung die entscheidenden Weichen für die Zukunft unserer Kinder.

Wir wollen, dass alle Kinder den gleichen Zugang zur frühkindlichen Bildung erhalten. Dies darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein!

Die Gelegenheit ist jetzt da, um endlich Chancengleichheit herzustellen:

Das Gute-Kita-Gesetz der Bundesministerin Franziska Giffey bringt knapp 1,2 Milliarden Euro in das System der Kindertagesbetreuung. Hiermit werden die Voraussetzungen für eine kostenfreie Betreuung und Bildung in der Kita geschaffen.

Das Land NRW verfügt also jetzt über die nötigen finanziellen Spielräume, um den Besuch der Kita oder der Tagespflege gebührenfrei zu ermöglichen.

Tatsächlich wird aber den Städten nur die Möglichkeit eingeräumt, die letzten beiden Kitajahre gebührenfrei zu stellen. Das ist es, was uns die Verwaltung zur heutigen Ratssitzung mit der Änderung der Elternbeitragssatzung vorlegt.

Für uns ist das höchstens ein Anfang, aber das reicht uns nicht!

In Köln waren wir schon mal viel weiter! Im Sommer 2012 hat rotgrün den Anfang gemacht und rückwirkend ab dem Kita-Jahr 2011/12 den Besuch einer Kita ab 18 Monate vor der Einschulung beitragsfrei gestellt. Das Reker-Bündnis hat dies als eine seiner ersten Amtshandlungen im Jahr 2015 wieder gestrichen und auf ein beitragsfreies Jahr zurückgefahren.

Inzwischen hat Köln das Siegel der kinderfreundlichen Kommune erhalten.

Und: Kinderfreundlichkeit ist ein harter Standortfaktor für die Wirtschaft. Köln wird im Vergleich

mit den Nachbarstädten auch daran gemessen, wie viel man als Familie hier für die Betreuung der Kinder bezahlen muss.

Viele Kommunen gehen den Weg in die Beitragsfreiheit. Düsseldorf kann es, Monheim auch - warum nicht Köln als DAS Wirtschaftszentrum im Rheinland?

Wir müssen uns hier und heute fragen: Ist der Besuch einer Kita weniger wert als der kostenfreie Besuch von Schule und Studium? Niemand käme auf die Idee, für die Schule Schulgeld zu verlangen, aber für die Kita muss noch gezahlt werden!

Handeln wir jetzt! Nie waren die finanziellen Spielräume so gut wie heute!

**Anlage**

**zu Tagesordnungspunkt 6.2.1**

**zu Protokoll gegebene Rede**

**Sylvia Laufenberg (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Freien Demokraten Köln stehen seit Jahren für eine sozial verträgliche Beitragsstaffelung der Kitabeiträge, für die Schaffung weiterer Plätze, für Qualität in den Einrichtungen, aber auch für eine mittelfristige Beitragsfreiheit.

Insbesondere in der aktuellen Situation wird den Kölner Eltern viel abverlangt. Daher ist es folgerichtig, dass wir heute verabschieden, dass die Beiträge für die betreute Zeit zu Hause selbstverständlich nicht bezahlt werden müssen.

Dies ist aber nur ein kleiner Trost. Die Sorgen sind größer denn je, bei uns allen. Daher gilt es, so viel Unterstützung wie möglich zu leisten und somit Eltern ein wenig Sicherheit zu geben. Und dies über die Krise hinaus! Die Entlastung von Gebühren kann hier helfen.

Durch die Landesregierung mit unserem Minister Dr. Joachim Stamp treten viele qualitative und finanzielle Verbesserungen für die Kitas und die Tagespflege in Kraft. So auch die Beitragsfreiheit für das zweite Kita-Jahr ab 2020/2021.

Schon 2016 hatte Köln eine Beitragsfreiheit von 18 Monaten. Und daher könnten wir heute schon viel weiter sein. Aber schwarz-grün musste damals das Geld in die OGTS umschichten - ohne Stimmen der FDP.

Es ist also an der Zeit, die Beiträge zu reduzieren und den Versuch zu starten, eine komplette Beitragsfreiheit für die Kölner Eltern zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir heute in unserem Änderungsantrag vor, dass die Verwaltung ein Stufenmodell zur Abschaffung der Gebühren in den nächsten drei Jahren erarbeitet.

Die sofortige Abschaffung, wie von der SPD gefordert, lehnen wir ab. Mit unserem Vorschlag möchten wir jedoch allen Fraktionen einen Kompromiss anbieten, der die finanzielle Situation der Stadt im Blick behält und gleichzeitig Eltern mittelfristig entlastet.

*Wir bitten daher um Zustimmung. - Herzlichen Dank.*

## Anlage

### zu Tagesordnungspunkt 6.2.1

#### zu Protokoll gegebene Rede

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Beschlussvorlage zu den Elternbeiträgen für den Besuch von Kindertagesstätten wird möglich durch das neue Kitagesetz des Landes. Die Reform des Kinderbildungsgesetzes durch die CDU/FDP-Landesregierung stellt leider keinen großen Wurf dar. Vieles geht in die richtige Richtung. So sind die nun zwei beitragsfreien Jahre für Eltern sicher eine Erleichterung, aber die grundlegenden großen Probleme in den Kindertagesstätten werden bestehen bleiben.

Zum einen hat die Landesregierung nicht den Mut, wie andere Bundesländer, die Kitabildung völlig kostenfrei für Eltern und Familien zu machen. Zum anderen nimmt sie auch hier nicht genügend Geld für Bildung in die Hand. Dadurch bleiben die Gruppen in den Kitas zu groß. Die Erzieherinnen und Erzieher werden von der Arbeitsbelastung her weiter am Limit arbeiten und werden sich nicht genügend um die einzelnen Kinder kümmern können. Nicht gut bezahlt und sehr stressig: Kein Wunder, dass Fachkräfte in Kitas fehlen. Das muss sich aber grundlegend ändern.

Der vorliegende Änderungsantrag der SPD wird von uns unterstützt. Er sieht vor, dass die Verwaltung ein Finanzierungsmodell für Kölner Kitas entwickelt, mit dem der Besuch der Bildungseinrichtungen für die Jüngsten unserer Gesellschaft endlich für Eltern und Familien kostenfrei wird, wie der Schulbesuch in Deutschland seit langem auch.

Die Verlängerung der beitragsfreien Zeit auf zwei Jahre, wie die Beschlussvorlage der Verwaltung sie vorsieht, ist natürlich auch ein Fortschritt. Damit wird ein Fehler des schwarz-grünen Bündnisses im Rat aus dem Jahr 2016 korrigiert. Damals brachte es einen Antrag in den Rat ein, mit dem die beitragsfreie Zeit von 18 Monate auf 12 Monate verkürzt wurde. Damals betrieben CDU und Grüne Haushaltssanierung auf Kosten der Haushalte mit Kindern.

Doch die nun angestrebten zwei beitragsfreien Jahre im Vorschulalter für Kitabetreuung reichen angesichts der großen sozialen Probleme in

Deutschland nicht mehr aus. Denn auch für die „U3“, also Kinder unter drei Jahren, ist der Besuch einer Kita wichtig. Millionen Menschen können im ganzen Land von ihrer Arbeit kaum leben. Vom viel beschworenen wirtschaftlichen Boom der letzten Jahre ist bei ihnen nichts angekommen. Ihre Jobs sind schlecht bezahlt und unsicher. Knapp acht Millionen Menschen arbeiten nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes von 2018 als Minijobber, Leiharbeiter oder in erzwungener Teilzeit mit weniger als 20 Stunden. Mehr als 20 Prozent der lohnabhängig Beschäftigten sind solche „atypisch“ Beschäftigten in instabilen Lebensumständen.

Deshalb ist es aus sozialen Gründen notwendig, dass Eltern nicht nur für ihre Kinder ab dem 4. Lebensjahr von Kitabeiträgen befreit sind. Kitas sollten Orte der sozialen Integration sein, in denen Kinder aus verschiedenen sozialen Schichten und Milieus zusammen spielen und lernen. Ihr Besuch sollte nicht vom Geldbeutel des Elternhauses abhängen.

Doch die Kölner Tabelle für Elternbeiträge verlangt für den Kitabesuch schon bei mittleren Einkommen kräftige Beiträge. Bei einem Jahresverdienst von 36 000 Euro für ein Ehepaar sind es monatlich rund 150 Euro für eine Vollversorgung für Kinder unter drei Jahren. Die Vollversorgung wird ja oft benötigt, weil beide arbeiten, um über die Runden zu kommen. Hinzu kommen noch 2,50 Euro je Tag für das Mittagessen.

Am anderen Ende sind aber auch die Beiträge für Besserverdienende, zum Beispiel von 78 000 Euro im Jahr oder mehr für einen Haushalt - damit ist man noch kein Großverdiener -, mit 500 Euro im Monat so hoch, dass ein Anreiz besteht, das Kind in eine private Kitas zu schicken. Auch hier ist die Folge, dass die öffentlichen Kitas nicht genügend Orte der sozialen Integration sind, weil Einkommensärmere als auch Einkommensreichere wegen der Gebühren auf die öffentliche Kita verzichten.

DIE LINKE würde es auch unterstützen, wenn in einem ersten Schritt die Kitagebühren stark gesenkt werden könnten. Ziel sollte aber schnellstmöglich die Abschaffung aller Gebühren für den Kinderbetreuung vor dem Schulbesuch sein.

Es geht um die finanziellen Möglichkeiten vieler Eltern in einer sozial gespaltenen Gesellschaft, um die bestmögliche Bildung für alle Kinder, und es geht um öffentliche Kitas als sozial inklusive Einrichtungen, die von Kindern jeglicher sozialer Herkunft besucht werden.

*Deshalb wird DIE LINKE für den vorliegenden  
Änderungsantrag der SPD stimmen.*

## Anlage

### zu Tagesordnungspunkt 10.9

#### zu Protokoll gegebene Rede

**Christian Joisten (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 26.09.2019 hat die Mehrheit in diesem Rat beschlossen, den Ausbau des Godorfer Hafens zu stoppen.

Hierzu ist bereits viel gesagt worden, und ich möchte mich an dieser Stelle kurz halten.

Die Entscheidung war und ist falsch, und die Kölnerinnen und Kölner werden noch lange an den mittelbaren und unmittelbaren Folgen zu knabbern haben. Der Ausbaustopp ist ökologisch, ökonomisch und verkehrspolitisch ein Fehler gewesen.

Ich möchte daran erinnern, dass wir den Güterverkehr viel stärker auf die Schiene und das Wasser verlagern müssen. Das funktioniert aber nur mit den richtigen Infrastrukturen. Jedes Binnenschiff ersetzt weit über 100 Lkw, die sonst die Kölner Straßen und Autobahnen verstopfen und CO<sub>2</sub> ausstoßen.

Eine der unmittelbareren Folgen, mit der wir uns heute zu beschäftigen haben, ist, dass mit dem Beschluss bei der HGK Abschreibungen in Höhe von 9 398 866,10 Euro ausgelöst wurden.

Mit der vorliegenden Beschlussvorlage wird nun die Stadt verpflichtet, der HGK diese Summe zu erstatten. Und dieses Geld steht der HGK selbstverständlich zu. Wer A sagt, muss auch B sagen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die HGK sicherlich lieber auf diesen Erstattungsbetrag verzichtet und dafür den Hafenausbau vorwärts gebracht hätte. Zudem ist es jetzt nicht so, dass mit diesen rund 10 Millionen jetzt noch etwas Positives passieren würde. Das Geld ist schon ausgegeben, und zwar unter anderem für Investitionen in Planungen und Umweltausgleichsmaßnahmen, die jetzt keine Wirkung mehr erzeugen. Oder um es bildlicher auszudrücken: Sie haben das Geld verbrannt!

Der Erstattungsanspruch der HGK fällt nicht irgendwie vom Himmel. Ich habe bereits in meinem Redebeitrag am 26.09.2019 klargemacht, dass die Stadt der HGK einen

Betrag in dieser Größenordnung wird erstatten müssen. Das haben Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU, Grünen, LINKEN, FDP, der Gruppe GUT sowie Frau Gerlach und Herr Wortmann, damals bewusst in Kauf genommen.

Jetzt müssen Sie den Kölnerinnen und Kölnern bitte auch erklären, dass Sie mit dem Ausbaustopp rund 10 Millionen Euro in den Sand gesetzt haben.

Mit diesen 10 Millionen Euro hätte viel Gutes für Köln erreicht werden können. Und da rede ich gar nicht von der augenblicklichen - nicht absehbaren - Krise, in der jeder Cent davon bei den Betroffenen besser angelegt wäre. Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Standort-, Umwelt- und Finanzpolitik sieht jedenfalls anders aus.

Die SPD-Fraktion hat den Stopp des Hafenausbaus strikt abgelehnt und wird folgerichtig auch dieser Vorlage nicht zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Anlage**

**zu Tagesordnungspunkt 10.15**

**zu Protokoll gegebene Rede**

**Prof. Klaus Schäfer (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ohne Frage, die Kunst- und Museumsbibliothek braucht eine neue Bleibe. Das ist nicht neu, sondern wird ja seit geraumer Zeit auch im Kulturausschuss intensiv diskutiert - mit unterschiedlichen Varianten. Das jetzt der Beschlussentwurf vorliegt, ist daher zu begrüßen; denn die Zeit ist kurz.

Grundsätzlich bestehen daher keine Bedenken, dass seitens der Verwaltung intensiv nach neuen Räumen für die Kunst- und Museumsbibliothek gesucht wird. Angesichts der zum 31.12.2021 erfolgten Kündigung ist dies mehr als dringlich erforderlich; denn schon seit einiger Zeit hat sich herausgestellt, dass eine bauliche Kooperation mit der Universität, wie sie der Kulturausschuss insgesamt als sinnvoll angesehen hat, nicht mehr aktuell und von der Universität auch abgelehnt worden ist.

Insofern wird die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Allerdings - das will ich festhalten - bedarf es seitens der Verwaltung einer intensiven Suche nach vertretbaren Alternativen und nicht allein der Konzentration auf einen Anbieter bzw. eine Immobilie. Geht man von der gewünschten Quadratmeterzahl von rund 6 600 aus, so dürfte sich bei der angegebenen Mietpreiserwartung ein Mietpreis von rund 135 000 Euro pro Monat ergeben (bei einem Quadratmeterpreis von eventuell 22 Euro), was eine jährliche Miete von rund 1,6 Mio. Euro bedeuten würde. Hinzu kämen natürlich die Nebenkosten.

Würde - wie im Kulturausschuss angedeutet - der Vermieter zudem die Infrastruktur museums-tauglich einrichten und auch finanzieren, wird sich der Mietpreis sicherlich noch deutlich erhöhen.

Angesichts dieser möglichen Größenordnung sollte auch ein Kauf einer geeigneten Immobilie nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Dies vor allem dann, wenn sich dadurch in der zeitlichen Perspektive eine finanziell günstige

Lösung ergibt. Die SPD-Fraktion bittet daher, auch eine solche Option nicht auszuschließen.

Wie gesagt, die SPD-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu, bittet aber die Verwaltung, dass sie mehrere Angebote einholt und zusichert, die zuständigen Ratsgremien Schritt für Schritt über das Verfahren und seine Zwischenergebnisse zu informieren. Dass der Rat sich schlussendlich mit dem Abschluss eines vorliegenden Vertrages sowie der Finanzierung befassen muss, ist selbstverständlich.

## Anlage

### zu Tagesordnungspunkt 10.28

#### zu Protokoll gegebene Rede

**Bezirksbürgermeister Mike Homann** (Rodenkirchen): *Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Ich habe heute eine Pressemitteilung der Stadt zum Ausbau von Bürgerschaftlicher Beteiligung erhalten. Ich erlaube mir, daraus zwei Zitate zu entnehmen.*

Das erste Zitat ist von Frau Oberbürgermeisterin Reker:

*Die Entwicklung der Beteiligungskultur in Köln verbessert die Entscheidungsgrundlage für Verwaltung und Politik und fördert die Akzeptanz für städtische Planungen und Entscheidungen. Dies stärkt insgesamt unsere repräsentative Demokratie und ist auch ein gutes Mittel gegen populistische Kritik und Vereinfachungen.*

Das zweite Zitat ist von unserer Verkehrsdezernentin Frau Blome:

*Die Entwicklung der Mobilität in unserer Metropole Köln ist von größter Bedeutung für Wirtschaft, Lebensqualität und Klimaschutz. Das Thema stößt daher auf ein breites und durchaus nicht einheitliches Interesse. Wir wollen für unsere Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit ausbauen, ihre Ideen einzubringen, sich dazu auszutauschen und wertvolle Impulse für die jeweils notwendigen politischen Beschlüsse zu schaffen.*

*Die straßentechnische Erschließung des Gebietes Rondorf Nord-West wurde seit der erstmaligen Bürgerbeteiligung komplett umgeplant und ist nun von der ehemaligen Nordvariante in eine damals noch nicht besprochene Südvariante geändert worden.*

*Am 2. März 2020 fand dann eine Bürgerinformationsveranstaltung mit circa 500 Rondorfer Bürgerinnen und Bürgern statt. Die Ergebnisse daraus sollten in der Rodenkirchener BV-Sitzung am 23. März 2020 besprochen werden. Diese*

*Sitzung musste jedoch aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden.*

*Unter der Vorlagennummer 4122/2019/1 hat die Verwaltung daraufhin der BV Rodenkirchen eine Dringlichkeitsentscheidung vorgelegt, die eine Variantenentscheidung zur Entflechtungsstraße Rondorf Nord-West zum Gegenstand hatte. Als Anlage 11 war die Darstellung der Ergebnisse aus der Bürgerinformationsveranstaltung am 02.03.2020 vorgesehen. Diese Anlage ist allerdings erst am Montagvormittag, den 23.03.2020, freigegeben worden.*

*Einvernehmlich haben sich die Fraktionen der BV Rodenkirchen dazu entschieden, diese Dringlichkeitsentscheidung nicht zu unterzeichnen, da der Inhalt der Entscheidung einem Vorgehen per DE nicht zugänglich ist.*

*Dieses Votum wird von nachfolgenden Gründen getragen:*

- 1.) Die Entscheidung über die Variante einer Entflechtungsstraße Rondorf Nord-West wird die Verkehrsinfrastruktur im Süden des Stadtbezirks Rodenkirchen über viele Jahrzehnte maßgeblich bestimmen. Es bedarf daher zwingend einer politischen Diskussion in der Bezirksvertretung, an der auch die Öffentlichkeit teilnehmen kann.*
- 2.) Der Verkehrsausschuss hatte die Vorlage vertagt, um ausdrücklich eine Bürgerinformationsveranstaltung vor Beschlussfassung und Behandlung derer Ergebnisse durch die Bezirksvertretung durchzuführen. Die Ergebnisse der Informationsveranstaltung vom 02.03.2020 lagen zwar als Spiegelstriche am 23.03.2020 vor, weder konnte aber eine hinreichende Auseinandersetzung der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter mit den dokumentierten Inhalten stattfinden, noch gibt es eine inhaltliche Befassung mit diesen Punkten durch die Fachverwaltung. In einer öffentlichen Sitzung mit Beteiligung der Fachverwaltung ließen sich insoweit aber auch die Positionen der Bürgerschaft angemessen bei der Entscheidungsfindung berücksichtigen.*
- 3.) Die Fraktionsvorsitzenden in der Bezirksvertretung Rodenkirchen haben zudem massive Bedenken, ob in der derzeitigen Krisenzeit eine so weitreichende planerische Entscheidung ohne öffentliche Behandlung nicht eher als Missbrauch der Situation per „Durchentscheiden ohne Transparenz“ verstanden wird.*

*Ich habe daher die Oberbürgermeisterin im Namen der gesamten Bezirksvertretung Rodenkirchen darum gebeten, diese DE zurückzuziehen und für eine öffentliche Sitzung der BV Rodenkirchen vorzusehen.*

*Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der BV wären selbstverständlich bereit, über diese Angelegenheit auch in einer Sondersitzung der BV - aber eben unter der Teilnahmemöglichkeit der Öffentlichkeit - zu entscheiden. Zumal auch nur auf diesem Weg etwaigen Änderungsanträgen angemessen Rechnung getragen werden kann.*

*Die Fraktionen der BV Rodenkirchen sind sich bewusst, dass zu Zeiten der Corona-Krise auch das öffentliche Sitzungsgeschäft nur unter großen Anstrengungen bewerkstelligt werden kann. Daher wird auch eine wie und wann auch immer einzuberufende, öffentliche BV-Sitzung nur unter Beachtung der größten Sicherheitsanforderungen stattfinden können.*

*Hier geht es um ein wichtiges Projekt für Rondorf und den Stadtbezirk im Ganzen. Die Bürger haben sich bisher intensiv beteiligt, und sie waren zum Teil erbost darüber, dass die Planungen komplett geändert wurden, ohne eine echte Beteiligung zu ermöglichen.*

*Nunmehr wird der BV Rodenkirchen durch den Verkehrsausschuss und den Rat der Stadt Köln die Möglichkeit genommen, öffentlich über die Eingaben und Einwendungen der Bürger zu sprechen.*

*Wenn ich auf die von mir eben vorgetragene Zitate von Frau Blome und Frau Oberbürgermeisterin Reker verweise, dann frage ich mich, wie die Bevölkerung die Entwicklung einer Beteiligungskultur verstehen darf. Sie haben Einwendungen und Ideen in der Veranstaltung vom 02.03.2020 eingebracht, und es wird ihnen durch diese Dringlichkeitsentscheidung verwehrt, zu erfahren, was die Politik aus diesen Ideen gemacht hat. Dies ist kein Verfahren, welches für Akzeptanz in der Bevölkerung wirbt.*

*Zudem ist dieses Vorgehen nicht nur ein Übergehen der Beteiligung der Bürger. Es ist erneut das Missachten der Anhörungsrechte der Bezirksvertretung Rodenkirchen.*

*Erst recht in Zeiten der Corona-Krise, wo wir alle dazu beitragen müssen, dass dieser Staat und unsere Stadt handlungsfähig bleibt, sollte der Respekt der Gremien untereinander gewahrt bleiben.*

*Wir hätten in Rodenkirchen viele Wege mitgehen können, nicht jedoch eine Dringlichkeitsentscheidung mit einer Entscheidung unter Abschluss der Öffentlichkeit.*

*Und lassen Sie mich als Abschluss noch eine Bemerkung machen:*

*Wir erleben gerade schwere Zeiten. Wenn von der BV Rodenkirchen innerhalb eines Tages eine Dringlichkeitsentscheidung in einer so wichtigen Frage erwartet wird, dann hätte ich mich zumindest über eine Antwort auf meinen Brief gefreut.*